:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 20.4.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Bundesverfassungsgericht bestätigte Demonstrationsverbot für Holocaust-Leugner

Über 1.000 Menschen demonstrierten am Samstag, 8. April, unter der Losung „Eine Region wehrt sich – Gegen Holocaust- Leugner, gegen Nazi-Aufmärsche und gegen Gewalt!“ vom Gewerkschaftshaus zum Paradeplatz. Ca. 70 Organisationen hatten sich dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts angeschlossen. Der Nazi-Aufmarsch zur Unterstützung des Holocaust-Leugners Ernst Zündel war von der Stadt Mannheim verboten worden, und dieses Verbot hatte auch letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand (s.a. Pressemeldung der Stadt Mannheim hierzu, S. 3).

An der Spitze der Demonstration waren u.a. vertreten (v.l.: DGB-Regions-Vorsitzender Rebmann, MdL Mentrup (SPD), MdL Reichardt (CDU), der Hauptredner Werner Pfennig (VVN-BdA), der katholische Stadtdekan Jung, Stadtrat Raufelder (Grüne), MdB Schick (Grüne) und Stadträtin Kuch (Linke Liste).

Die Demonstration und anschließende Kundgebung mit Kulturfest war somit eine Freudenmanifestation, dass es erneut gelungen war, in Mannheim einen Naziaufmarsch zu verhindern. Dafür war mit Sicherheit die Breite des Bündnisses wie auch die klare und entschiedene Stoßrichtung des Bündnisses maßgeblich, notfalls auch durch Straßenblockaden den Aufmarsch zu unterbinden. Der Neonazi Christian Worch beklagt auf der NPD-Webseite: „Vielleicht ist es der politische oder mediale Druck, dem sich die ansonsten von ihrem Status her ausgesprochen unabhängigen Höchstrichter bisweilen ausgesetzt sehen“. Der ganze Tag verlief friedlich, auch wenn die massiv aufgefahrene Polizei versucht hatte, eine kleine Gruppe Autonomer am Bahnhof festzuhalten. Sie wurden aber letztlich doch zur Kundgebung „eskortiert“. Es gab keine Festnahmen. Nazis hatten sich den Tag über in Mannheim nicht erkennbar blicken lassen. Am Vorabend hatten auf Initiative des JUZ-AK Antifa ca. 300 Leute demonstriert unter dem Motto: „Nicht verleugnen, nicht verdrängen, nicht verwerten. Mit Deutschland endgültig brechen.“ (s. Bild). Auch diese Veranstaltung verlief absolut friedlich, obwohl das Polizeiaufgebot als in höchstem Maße provozierend empfunden werden musste. Mit ihrer Demonstration wollten die TeilnehmerInnen diejenigen Positionen artikulieren, die sie am Samstag im Rahmen ihrer Teilnahme an der Demonstration des Bündnisses nicht so klar „rüberbringen“ konnten. Der 8. April war auch regional ein Erfolg, weil die NPD es dann doch vorzog, ihre kurzfristig angesetzten Ausweichveranstaltungen in Frankenthal und Bingen gleich wieder abzublasen. Als nächstes plant sie nun Aufmärsche am 1. Mai in Heppenheim und Weinheim. *Tht* ■

Dokumentation der Presseerklärung zum BVG-Entscheid siehe Seite 3

Aus dem Inhalt:

Rechtsextremisten wollen Gastronomen in die Irre führen 6
Gedenkfeier zum 61. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald 8

Mannheim. An einer antifaschistischen Vorabdemonstration am 7. April beteiligten sich ca. 300 Menschen. Antifaschistische Gruppen setzten an diesem Abend ein Zeichen gegen Geschichtsrevisionismus, Holocaustleugnung und Täter-Opfer-Verdrehung. Ein Sprecher des Ak Antifa kommentierte: „Ein schwarzer Tag für das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“. Juristisches Verbot und polizeiliche Verhinderung des Aufmarsches betrachten wir jedoch ambivalent. Sie sind auch Teil einer Tendenz zum Sicherheits- und Überwachungsstaat. Allerdings haben wir uns bereits am Freitag abend im Rahmen der antifaschistischen Demonstration öffentlich gegen die vielfältigen Formen der Geschichtsverdrehung und für eine befreite Gesellschaft positioniert. Wir betrachten daher das Wochenende als Erfolg für die radikale Linke.“

Braune Burschen

HAMBURG. Auch in diesem Sommersemester positioniert sich die „Hamburger Burschenschaft Germania“ wieder eindeutig am rechten Rand. Für den 27.4.2006 ist eine Veranstaltung in der Sierichstr. 23 mit dem österreichischen Antisemiten Richard Melisch zum Thema „Verdrängungskampf um die letzten Ölreserven“ geplant.

Einen gleichnamigen grundlegenden Artikel veröffentlichte der selbsternannte Nahost-Experte der extremen Rechten in der März-Ausgabe ‘06 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“. Melisch schreibt für diverse rechte Blätter, in den neonazistischen Huttenbriefen (5-6/2004) erklärte er den Terror Bin Ladens zum „Freiheitskampf gegen die USA und den Zionistenstaat Israel.“ Melisch ist übrigens nicht zum ersten Mal in Hamburg, im Dezember 2004 referierte er für die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ in dem Haus der „Burschenschaft Germania Königsberg zu Hamburg“, wo auch in diesem Jahr wieder Veranstaltungen der SWG stattfinden.

Dass neofaschistische Umtriebe einiger Hamburger Burschenschaften die übrigen Studentenverbindungen nicht stören, verdeutlicht eine Großveranstaltung im Hotel „Le Royal Meridien“ am 22. April. Beim 23. Hamburger Korporationsball aller schlagenden Verbindungen, sowie auch der nichtschlagenden Verbindungen „Akademischer Turnbund“ und „Deutsche Sängerschaft“, werden mal wieder Teile der hanseatischen Elite mit ihrem braunen Nachwuchs das Tanzbein schwingen. Nicht nur die Germanen, sondern auch die „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“, welche auf der aktuellen Internetseite des Verfassungsschutzes unter Rechtsextremismus geführt wird, nimmt an dem Ball teil. *erk* ■

Wieder Nazi-Treffen in Dorfmark

Auch in diesem Jahr veranstalten die „Ludendorffer“ (Bund für Gotterkenntnis) wieder ihr „Frühlingstreffen“ im Bad Fallingbosteler Ortsteil Dorfmark im Gasthaus „Deutsches Haus“.

Die „Ludendorffer“ stellen antisemitische Weltverschwörungstheorien auf, leugnen den Holocaust und propagieren den Erhalt der reinen deutschen Rasse. Sie berufen sich auf den im 1. Weltkrieg bekannten General Erich Ludendorff, sowie dessen Frau Mathilde (Gründerin des Bund für Gotterkenntnis). E. Ludendorff war Weggefährte Adolf Hitlers. 1961 wurde der Bund für Gotterkenntnis als „verfassungsfeindlich“ verboten. Ein bayerisches Gericht hob 1977 das Verbot wegen „Verfahrensfehlern“ wieder auf. Sie selbst bezeichnen sich als Religionsgemeinschaft. In Publikationen und Veranstaltungen vertreten sie antidemokratische, rassistische und antisemitische Theorien. Im Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen des Herder-Verlages sind sie unter dem Stichwort Neonazismus zu finden. Zu Neonazigruppen bestehen vielerlei inhaltliche und personelle Verbindungen auch vor Ort.

Die Lehre der „Ludendorffer“ ist ein Konglomerat von Verschwörungstheorie und Pseudowissenschaft: „Deutsche Gotterkenntnis ist abhängig vom Rasseerbgut“. Aus diesem Grunde führe „Blutmischung“ zum „Volkstod“. Welche nicht „artgerecht“ leben, verkommen zu „plappernden Toten“. Das „entwurzelte jüdische Volk“ erstrebt die Weltherrschaft in Gestalt von Kommunismus, Freimaurertum, Judentum und katholischer Kirche, die in Wahrheit „verjudete“ Inhalte vertritt.

Wir fordern die gesamte Öffentlichkeit bis hin zum Bürgermeister der Stadt Bad Fallingbostel auf, alles zu tun, damit diese als „Kultur-Treff“ von Kindern bis zu Senioren getarnte Veranstaltung die letzte der Faschisten in Dorfmark sein wird.

B90/Die Grünen/OV Bad Fallingbostel
Antifaschistische Initiative Soltau-Fallingbostel
DGB KV Soltau-Fallingbostel
DGB Kulturarbeitskreis Soltau-Fallingbostel, VVN/Bund der AntifaschistInnen Niedersachsen, H-D Charly Braun - Egon Hilbich – Jürgen Stiewe ■

Rechte im Stadtrat jetzt Fraktion

DRESDEN. Wie die Dresdner Neue Nachrichten vom 22.3. meldeten, kann das rechtsorientierte „Nationale Bündnis“ (NB) von Holger Apfel, Hartmut Krien und Wolfgang Schwarz mit Schützenhilfe von Stadtrat Werner Klawun jetzt eine Fraktion bilden, erhält Anspruch auf ein Ratsbüro und Geld von der Stadt und kann mehr Vertreter in die Ausschüsse entsenden. Dies gehe aus einer von der NPD verbreiteten Mitteilung hervor. Bisher hatte dem NB ein vierter Mann gefehlt, um eine Fraktion zu bilden.

Klawun war für die Volkssolidarität in den Rat gewählt worden, gehörte dann zur „BürgerFraktion“, die ihn aber ausschloss, „weil eine konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich war“. Klawun versuchte erfolglos, in andere Fraktionen zu gelangen. „Es hat sich gezeigt, dass wir kommunalpolitisch gar nicht so weit auseinander liegen“, erklärte nun NB-Sprecher Holger Szymansky. So habe sich Klawun gegen „Asylmissbrauch“ ausgesprochen und dafür viel Beifall geerntet. „Es gibt auch Gegensätze, so würde ich nicht den Ausländern alle Schuld in die Schuhe schieben“, sagte Klawun. „Doch das NB kümmert sich um sozial Schwache und wendet sich gegen die Benachteiligung des Ostens.“

Er gab zu verstehen, dass er auch mit dem NB paktiere, weil ihn keine andere Fraktion haben wollte. „Die akzeptieren mich so, wie ich bin.“

Quelle: DNN 22.3.2006 ■

Keine NPD! Größte Mai-Kundgebung des Nordens in Rostock geplant

ROSTOCK. Für den 1. Mai hat die rechtsextreme NPD zu einer bundesweiten Kundgebung nach Rostock eingeladen. Etwa 3.000 Teilnehmer werden zu der Demonstration erwartet. In „Rostocks guter Stube“ wird es dagegen Konzerte, Ansprachen und Diskussionsrunden von Landes- und Bundespolitikern geben, darunter mit Gregor Gysi (Linkspartei. PDS), Claudia Roth (Grüne),Hubertus Heil (SPD), Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) sowie mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Diese Zusammenstellung zeige, dass in Rostock eine der bedeutendsten Mai-Kundgebung Deutschlands geplant sei, erklärte Ingo Schlüter vom DGB Nord. Auch die Job-Parade, die als Jugendfest seit acht Jahren in Schwerin stattfindet, wurde vom Gewerkschaftsbund in die Hansestadt verlegt. „Mit dem Maifest wollen wir zeigen,dass wir die Mehrheit sind“, so Schlüter, der den NPD-Aufmarsch als Teil einer Strategie sieht,am 17. September in den Schweriner Landtag einzuziehen. (*15.3.: Norddeutsche Neueste Nachrichten – www.svz.de)*

Es wird auch eine überregionale Antifademo geben, bei der [‘solid], neben dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Erster Mai Rostock, Avanti, der Antifaschistischen Linken Berlin und Antifa-Gruppen aus MV, Mitaufrufer ist.

„Dieser Aufmarsch, der auch als Wahlkampf-auftakt der NPD für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zu sehen ist, muss ein Desaster werden. Der Erste Mai gehört uns! – heißt es in einem Aufruf von [‘solid]-Mecklenburg-Vorpommern.

Infos unter:
www.rostock-bleibt-bunt.de
www.1mairostock.de ■

Dokumentiert:

Presseerklärung der Stadt Mannheim vom 6. April 2006
Bundesverfassungsgericht stützt Versammlungsverbot

„Freie Nationalisten Rhein-Neckar" dürfen am kommenden Samstag nicht in Mannheim aufmarschieren

MANNHEIM. Das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe (BVerfG) hat heute den Eilantrag der rechtsextremen „Freien Nationalisten" auf Erteilung einer einstweiligen Anordnung abgelehnt. Die 1. Kammer des Ersten Senats bestätigte durch den Präsidenten Prof. Papier in knapp vier Seiten das Versammlungsverbot der Stadt Mannheim. Das höchste Gericht der Bundesrepublik Deutschland stützt damit die Einschätzung, dass bei der am 8. April 2006 geplanten Demonstration in der Mannheimer Innenstadt unter dem Motto „Schafft Meinungsfreiheit – Freiheit für Zündel, Rudolf, Verbeke und Irving" die Gefahr besteht, dass Straftaten begangen werden.

„Die vier im Versammlungsmotto genannten Personen gehören zu den weltweit prominentesten Leugnern des Holocaust. Gegen sie sind darauf gestützte strafrechtliche Verfahren durchgeführt worden oder werden gegenwärtig durchgeführt. Die Billigung oder Leugnung der rassisch motivierten Ermordung der jüdischen Bevölkerung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus stellt eine Straftat dar", so die Verfassungsrichter. Das BverfG trägt auch die Einschätzung der Stadt Mannheim mit, dass Auflagen als mildere Mittel gegenüber einem Versammlungsverbot ausscheiden. Diese Einschätzung gründet nicht nur auf der strafrechtsrelevanten Bewertung des Versammlungsmottos: Die Annahme, dass Straftaten begangen werden könnten, sieht auch das BVerfG „dadurch bestärkt, dass zu den vorgesehenen Rednern Personen zählen, die schon selbst wegen Volksverhetzung verurteilt worden sind". Die Karlsruher Entscheidung ist unanfechtbar. Damit ist das Versammlungsverbot der Stadt Mannheim vom 28. Februar 2006 rechtsgültig und wirksam. Es umfasst auch jede Form einer Ersatzveranstaltung der „Freien Nationalisten Rhein-Neckar". Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass die Veranstalter das höchstrichterlich bekräftigte Verbot beachten. In Mannheim wird am Samstag kein bundesweit mobilisierter Aufmarsch von mehreren hundert Rechtsextremen stattfinden.

Die Stadtverwaltung freut sich über diesen juristischen Erfolg und nimmt für sich in Anspruch, mit dieser Entscheidung einen Beitrag zur Entwicklung des bundesdeutschen Versammlungsrechts geleistet zu haben. Motto, Redner und beantragte Rahmenbedingungen der jetzt verbotenen Versammlung waren nach Einschätzung des zuständigen Fachbereiches Sicherheit und Ordnung darauf ausgelegt, die Grenzen der Versammlungsfreiheit auszutesten. Diese Grenzen sind damit zumindest für revisionistische Versammlungen neu definiert. Die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtes stellt nach Auffassung der Stadtverwaltung allerdings kein Präjudiz für alle zukünftigen Versammlungen von Rechtsextremen dar. Die Situation muss jeweils neu und auf Grundlage der aktuellen Gegebenheiten bewertet werden. *di/6.4.06* ■

Naziaufmärsche am 1. Mai verhindern!

WEINHEIM/HEPPENHEIM. Am 1. Mai 2006 wollen militante Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften und Mitglieder der NPD in Heppenheim und Weinheim aufmarschieren. Sie werden versuchen, ihre menschenverachtende, rassistische und antisemitische Propaganda auf die Straße und in die Köpfe zu tragen; ihre politischen Vorstellungen bedeuten in letzter Konsequenz Barbarei und Vernichtung. In Heppenheim wollen sich die Nazis um 10 Uhr am Bahnhof treff en, danach haben sie vor, mit der Bahn nach Weinheim zu fahren, um dort ab 14 Uhr zu marschieren.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – deswegen gilt es, den Naziaufmarsch unter allen Umständen zu verhindern. Beteiligt euch an den Gegenaktivitäten! – NAZIS STOPPEN!

Treffpunkte für antifaschistische Gegenaktivitäten: Heppenheim 10 Uhr Bahnhof • Weinheim 13 Uhr Bismarckdenkmal. *AK Antifa Mannheim* ■

NPD ganz frisch gelistet

BERLIN. Die parlamentsorientierten Rechtsextremisten wappnen sich für die Abgeordnetenhauswahl am 17. September in Berlin, berichtet die taz Berlin vom 11. April. Sowohl die „Republikaner" als auch die NPD hätten am Wochenende auf Landesparteitagen ihre Landeslisten gewählt. Die NPD schickt auf Platz 1 den Bundesvorsitzenden Udo Voigt ins Rennen. Voigt hat auch schon die Landeslisten bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und 1999 in Brandenburg angeführt. Auf Platz 2 wählten die NPD-Mitglieder Manuela Tönhardt von der DVU. Damit wird der vor einem Jahr abgeschlossene „Deutschlandpakt" erstmals auch auf eine Berlin-Wahl angewandt. Die DVU verzichtet auf einen eigenständigen Wahlantritt, im Gegenzug öffnet die NPD ihre Kandidatenlisten für deren VertreterInnen. Die Kameradschaftsszene konnte die NPD jedoch nicht einbinden. Kandidierte Gordon Reinholz von der Kameradschaft Märkischer Heimatschutzbund bei der Bundestagswahl noch auf Listenplatz 6, ist er für die Berlin-Wahl nicht mehr aufgestellt. Die „Republikaner" kandidieren mit eigener Liste. Sie wählten Björn Clemens zu ihrem Spitzenkandidaten.

Quelle: taz Berlin lokal 11.4.2006 ■

NPD kauft große Immobilien in Cham (Oberpfalz)

MÜNCHEN. Der unterfränkische NPD-Bezirksvorsitzende Uwe Meenen hat im oberpfälzischen Cham bereits Ende März die Gebäude der ehemaligen Diskotheken „Froschkönig", „Sax", sowie des Comet-Marktes an der Bad-Straße 23 gekauft. Ein Gutachter hatte den Verkehrswert der Fläche samt Gebäude für eine Versteigerung auf 862.000 Euro geschätzt. Die Räume der ehemaligen Diskothek „Froschkönig" hatten Aktivisten der neonazistischen Gruppen „Weisse Wölfe" (Weiden), „Freie Nationalisten Cham" u. a. bereits seit einigen Monaten angemietet gehabt und als „Sturmlokal Sturm 23" betrieben. Auch mehrere Neonazi-Konzerte hatten dort stattgefunden, der Mietvertrag wäre allerdings am 15. April ausgelaufen.

Die Neonazis haben durch den Kauf jetzt zusätzlich eine große Veranstaltungshalle zur Verfügung. Der Neonazi Uwe Meenen (Würzburg) gab gegenüber der Mittelbayerischen Zeitung an, die Immobilien als „eine Art ‚Treuhänder' für die Partei erworben" zu haben. Zuerst würden die Räume provisorisch zurechtgemacht. Dazu solle eine Wirtschaft eingerichtet werden und für die neonazistischen Kameradschaften eine Art „Jugendkulturzentrum". Ein „Schulungs- und Veranstaltungszentrum", so Meenen, „auch für Landesparteitage".

Nachdem im oberpfälzischen Eslarn der Besitzer des örtlichen Marktplatzes den Mietvertrag mit der NPD gestern zurückzog, braucht die NPD ein neues Grundstück für den am 17. Juni 2006 geplanten sog. „NPD-Bayerntag". Dort sollen die Neonazibands „Hauptkampflinie", „Braune Brüder" und die kalifornischen Hardcore-Nazi-Zwillinge „Prussian Blue" auftreten.

Uwe Meenen deutet schonmal Cham als neue Örtlichkeit an: Im Sommer soll das erste Fest stattfinden, das in diesen Tagen beantragt werde, „ein Fest mit Volksfestcharakter" und mit „großem Festzelt".

A.I.D.A-Archiv München
e-Mail: info@aida-archiv.de
Homepage: www.aida-archiv.de ■

Zündel-Verfahren mit neuem Eklat

MANNHEIM. Wieder einmal ging es im Prozess gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel nicht um die Sache. Stattdessen pöbelte seine Anwältin solange herum, bis sie aus dem Saal entfernt werden musste. Im Volksverhetzungsprozess gegen Ernst Zündel ist es vor dem Landgericht Mannheim erneut zu einem Eklat gekommen: Die vom Verfahren ausgeschlossene Anwältin Sylvia Stolz weigerte sich, die Verteidigerbank zu verlassen und wurde daraufhin von zwei Wachpolizistinnen aus dem Saal getragen. Dabei winkte sie dem Publikum, das vorwiegend aus rechten Sympathisanten bestand, zu und rief: „Das deutsche Volk erhebt sich." Das Oberlandesgericht Karlsruhe hatte den Ausschluss von Stolz jüngst bestätigt. Der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen stellte nun klar, dass diese Entscheidung gelte, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sei. Stolz hat bereits Beschwerde beim Bundesgerichtshof angekündigt.

Meinerzhagen stellte es der Anwältin frei, die Bank freiwillig zu verlassen und unter den Zuschauern im Saal Platz zu nehmen. Stolz, die unter anderem wegen rechter Sprüche an früheren Verhandlungstagen ausgeschlossen worden war, warf dem Vorsitzenden Richter vor, er führe einen Prozess des „Lynchens ohne Recht". Meinerzhagen verkörpere zudem eine Fremdherrschaft über das deutsche Volk. Sie selbst stelle sich dagegen „hier vor das deutsche Reich". Seit 60 Jahren verzichte das deutsche Volk darauf, sich selbst zu regieren. „Diesem schlechten Beispiel folge ich nicht." Daraufhin wurde sie aus dem Saal entfernt.

Stolz hatte bereits beim Prozessauftakt im November vergeblich versucht, den Ex-NPD-Anwalt Horst Mahler, der als ihr Mentor in der rechten Szene gilt, als Assistenz der Verteidigung hinzuzuziehen. Jetzt saß Mahler neben weiteren Sympathisanten Zündels im vollen und von rund 30 Polizisten gesicherten Gerichtssaal. Auf der Verteidigerbank nahm erneut der rechte Hamburger Anwalt Jürgen Rieger Platz, der nach Stolz' Rauswurf umgehend einen Befangenheitsantrag an die Adresse der Richter stellte.

Inhaltlich kam der Prozess nicht weiter. Zur Sache wurde seit dem Prozessauftakt im November nicht verhandelt. Prozessbeobachter glauben daher auch nicht an ein schnelles Ende des Verfahrens und rechnen damit, dass die vier weiteren Prozesstage, die das Gericht vorerst bis zum 9. Juni anberaumt hat, nicht ausreichen werden.

Der Prozess wird am 26. April fortgesetzt.

entnommen aus Kommunale Berichte Mannheim 8-06, Quelle: stern-online.de, 5.4.06 ■

Ausstellung über Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit

BERLIN. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse eröffnete am Mittwoch, dem 5. April 2006 im Westfoyer des Paul-Löbe-Hauses die Ausstellung „Ausgrenzung aus der Volksgemeinschaft – Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit". Veranstalter ist der Kulturring Berlin e.V.

Die Ausstellung zeigt die nationalsozialistische Politik gegenüber den Homosexuellen von 1933 bis 1945 chronologisch auf. „Exemplarische" Täter werden vorgestellt und Schicksale verfolgter Homosexueller aus Berlin und anderen Großstädten geschildert. Deren Erfahrungen, in eine breit angelegte Geschichtserzählung eingebettet, lassen die Auswirkungen der Verfolgung deutlich werden. Darstellungen zu den Verfolgungsmaßnahmen und beteiligten Institutionen veranschaulichen wichtige Aspekte der Verfolgungs- und Rechtsgeschichte. Die Ausstellung kann bis zum 28. April 2006 werktags besucht werden: montags 8 bis 16 Uhr, dienstags bis donnerstags 8-17 Uhr und freitags 8-14 Uhr.

REP verlieren auch bei Kommunalwahl in Hessen

HESSEN. In der Gesamtrechnung lag die CDU bei den Kommunalwahlen vor der SPD, die Linke mit rund 19.000 Stimmen noch vor der NPD mit 7.200 Stimmen. Die REP waren hier die großen Verlierer (noch 29.600 Stimmen), sie biißten mehr als die Hälfte ihrer Mandate ein. In den Landkreisen und kreisfreien Städten stellen sie noch 29 Parlamentarier, darunter mit je drei Abgeordnete in den Kreistagen Bergstraße und Main-Kinzig, mit je zwei in den Kreistagen Fulda, Odenwaldkreis, Waldeck-Frankenberg und Marburg-Biedenkopf sowie im Rheingau-Taunus-Kreis. In Frankfurt/Main ziehen Republikaner (1,5%) und NPD (1,2%) mit je einem Sitz in die Stadtverordnetenversammlung ein. In Offenbach kamen die REP auf 4,0 Prozent (drei Mandate) und in Wiesbaden auf 5,0 Prozent (4 Mandate).

Der NPD gelang der Einzug in die Kreistage des Wetteraukreises (3) und des Lahn-Dill-Kreises (2). In ihrer Wölfersheimer Hochburg glänzte die NPD wieder mit 10,4 Prozent (3 Mandate).

Newsletter AG Antifaschismus Linkspartei.PDS ■

Mahler in Mosbach

MOSBACH/VLOTHO. Der bereits wegen „Volksverhetzung" verurteilte ehemalige NPD-Aktivist Horst Mahler soll am 22.und 23.April in Mosbach/Thüringen referieren. Veranstalter des Wochenendseminars unter dem Titel „Strategien zur Eroberung der Macht – durch das deutsche Volk für das deutsche Volk" ist das Vlothoer „Collegium Humanum" um Ursula Haverbeck, stellvertretende Vorsitzende des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" (VRBHV). Der „Kampf um die Macht" sei „der Kampf um die Wiederherstellung des deutschen Staates", heißt es in der Seminarankündigung. Dieser sei „gleichbedeutend" mit „dem Kampf gegen die Fremdherrschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches". Anmeldungen für das Seminar nimmt das Hotel „Stille Quelle" in Mosbach entgegen.

Die neofaschistischen Theoriezirkel „Deutsches Kolleg" und „Deutsche Akademie" hatten in den vergangenen Jahren wiederholt Schulungsveranstaltungen in dem Ort durchgeführt. *hma* ■

FN und MPF: Rechts schlägt sich, Rechts verträgt sich nicht

PARIS. Nun tat Jean-Marie Le Pen doch noch, was einige (zum Teil inzwischen ausgetretene) innerparteiliche Kritiker von ihm forderten – und richtete ein Bündnisangebot an die andere größere politische Strömung, die im Rechtsaußenspektrum um Stimmen wirbt: An den MPF (Mouvement pour la France, Bewegung für Frankreich) unter dem Rechtskatholiken und Nationalkonservativen Philippe de Villiers, der bisher noch eine Kleinpartei darstellt, aber sich durch gezielte An- bzw. Abwerbung rechtsextremer Kader aufzubauen sucht.

Ob dieses „Angebot" ernst gemeint war, oder ob es Le Pen bloß darum ging, den Schwarzen Peter dem rechten Grafen de Villiers zuzuschieben, mag dahingestellt bleiben. Am Dienstag, 11. April jedenfalls sprach sich der Präsident des Front National (FN) auf dem Fernsehkanal i-télévision dafür aus, „eine aktive Koalition für die Parlamentswahlen" des kommenden Jahres 2007 zu formieren. Nebulös bleibend und ohne konkrete Namen zu nennen – auch wenn die Nachrichtenagenturen den Angesprochenen sofort als den MPF und Philippe de Villiers identifizieren wollten –, sprach Le Pen an gleicher Stelle von „konvergierenden Kräften". Und schlug eine gemeinsame Strategie für die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen vor, die beide im Frühjahr 2007 in wenigen Wochen Abstand stattfinden. Es gehe um eine „Einheitskandidatur" bei den erstgenannten, und um einen „aktive Koalition" bei den letztgenannten Wahlen.

Dies aber konnte nur bedeuten: Erst unterstützen die Anderen „meine" (Le Pens) Kandidatur zur Präsidentschaftswahl – und dann lässt sich etwas Gemeinsames für die hinterher stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung auf die

Beine stellen. Traditionell interessiert Le Pen sich fast nur für die Präsidentschaftswahl, die er als „Königin aller Schlachten“ betrachtet, während ihm die Parlamentswahlen – zu denen er bei den letzten beiden Malen nicht persönlich kandidierte – eher als eine lästige Pflichtübung erscheinen.

Philippe de Villiers schlug das „großzügige“ Angebot alsbald aus. Am 13. April erklärte er dem öffentlichen Fernsehsender France 2, ein Bündnis setze voraus, dass man sich erst einmal „über gemeinsame Ideen“ einig werden könne. An diesem Punkt meldete de Villiers jedoch Bedenken an. Aber er machte sie nicht am Rassismus des FN-Chefs fest, sondern daran, dass dieser „vor wenigen Tagen für das Recht des Iran auf die Atombombe“ eingetreten sei. „Ich, ich möchte die Banlieues entwaffnen, und Le Pen möchte die Bärtigen“ (ein geläufiger Ausdruck für Islamisten) „bewaffnen“, fügte de Villiers hinzu. Damit konnte er als der konsequentere Rassist und Moslem-Gegner auftreten.

MPF-Generalsekretär Guillaume Pelletier sprach davon, dass man gemeinsame Ideen an einigen Punkten, „zum Beispiel bei der Zuwanderung“ (!), habe, doch unterschiedliche Ideen an anderen Punkten. Er fügte hinzu, er begrüße es, wenn Le Pen nunmehr „die Ideen vor die Personen“ stelle – aber dies müsse in der Konsequenz bedeuten, dass er auf seine eigene Kandidatur verzichte, da er es nicht vermöge, „die Patrioten gewinnen zu lassen“.

MNR-Chef Bruno Mégret erklärte vorige Woche großspurig, er nehme das Angebot Le Pens (siehe oben) an. Er denke an eine Koalition aus FN, MPF, dem „souveränistischen“ (EU-skeptischen und nationalistischen) Flügel der konservativen Regierungspartei UMP „und natürlich dem MNR“. Unglücklicherweise interessiert sich jedoch kaum jemand für die Überreste des MNR, der vor allem einen Schuldenberg verwaltet. Anfang April wurde zudem noch ein Strafprozess gegen den MNR-Chef Mégret eröffnet wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder: 2002, als seine Gattin Catherine Mégret noch Bürgermeisterin im südfranzösischen Vitrolles war, hatten 75.000 Euro aus städtischen Geldern dazu gedient, MNR-Propaganda zu verbreiten.

Eine ehemalige ranghohe FN-Funktionärin, die 2004 und 2005 zusammen mit Bompard gegen Parteichef Le Pen „Front machte“ und – mindestens verbal – für eine Annäherung an den MPF unter Philippe de Villiers eintrat, kann sich dem Rechtskatholiken unterdessen nicht mehr anschließen. Marie-France Stirbois, die „schreckliche Witwe“ (eines 1988 tödlich verunglückten FN-Generalsekretärs), ist in der Nacht vom Ostersonntag auf Ostermontag verstorben.

Bernhard Schmid, Paris ■

Dieses Jahr war die verantwortliche Ausrichterin der Gedenkfeier am 2. April die Stadt Leverkusen, die allerdings schon im Vorfeld dieser Veranstaltung nicht allzu viel Aufmerksamkeit entgegenbrachte. Entsprechend sah es auch mit der städtischen Vertretung aus. Oberbürgermeister Ernst Küchler konnte persönlich nicht erscheinen und seine Vertreterin war hörbar unvorbereitet. Aber über 300 Antifaschisten waren motorisiert, mit dem Fahrrad oder zu Fuß in die Wenzelnbergschlucht gekommen. Mit der Beteiligung des Jugendblasorchesters der Musikschule Leverkusen und der Schülerinnen des Leverkusener Landrat-Lucas-Gymnasiums war die Jugend unter den Mitwirkenden erfreulich stark vertreten. Die Ermordung der 71 Häftlinge mit dem Ziel, noch möglichst viele Antifaschisten vor der Befreiung umzubringen, stellten die Schülerinnen eindrucksvoll in ihren kurzen Beiträgen unter dem Titel „Mit Mut und Zivilcourage gegen Gewalt und Terror“ dar. Mit der Nennung ihrer Namen konnten 68 der Ermordeten aus ihrer Anonymität herausgeholt werden, die Namen von drei ermordeten Häftlingen konnten bis heute noch nicht festgestellt werden.

Im Anschluss sprach Jürgen Schuh, Kreissprecher und Mitglied des Landesausschusses NRW der VVN-BdA:

„Der antifaschistische Konsens – der nach der Befreiung vom Faschismus alle Parteien verband – dieser Konsens zerbrach sehr schnell. Aus vielen der Verfolgten wurden über Nacht wieder Verfolgte. Ehemaligen Häftlingen aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern wurde von ehemaligen Blutrichtern des NS-Regimes wieder der Prozess gemacht. Eine der schillerndsten Figuren war Hubert Schrübbers, während der Nazi-Zeit Generalstaatsanwalt in Hamm, verantwortlich für zahlreiche Terrorurteile gegen Antifaschisten. Schrübbers wurde nach 1945 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und zeichnete sich durch besonders harte Verfolgung von Antifaschistinnen in der Adenauer-Ära aus. Es bedurfte Jahre des Kampfes der Demokraten, auch der VVN, diesen Nazi aus dem Amt zu jagen.

Beim Aufbau der Bundeswehr waren die Nazi-Generäle wie Trettner, Heusinger, Kielmannsegg, Speidel und viele andere, die meinen und Millionen anderer Väter auf dem Gewissen haben, unentbehrlich. In der Politik waren es unter vielen anderen Hans-Maria Globke, Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze. Globke war unter Adenauer Staatssekretär. Kurt-Georg Kiesinger, Hans-Karl Filbinger und viele andere setzten ihre Karriere im Nachkriegsdeutschland ungebrochen fort. Das auswärtige Amt – in der Nazi-Tradition stehend – machte gerade wegen der Ehrung verstorbener Nazi-Mitarbeiter Schlagzeilen. Erst am Freitag schrieb die NRZ über den Abwehrchef Hitlers Reinhard Gehlen, Abteilung „Fremde Heere Ost“. Gehlen baute nach 1945 den Bundesnachrichtendienst auf, der wegen seiner tatkräftigen Hilfe beim Krieg der USA gegen den Irak gerade Schlagzeilen macht....

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Neofaschistische Banden wie die sogenannten „Freien Kameradschaften“ verbreiten seit Jahren ungehindert ihre Parolen.... und es bleibt nicht bei Parolen! In den letzten Jahren sind in Deutschland von Neonazis weit über einhundert Morde begangen worden. Es ist zu begrüßen, dass das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster eindeutig erklärt hat: „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren.“.... Dies hindert jedoch die obersten Richter unseres Landes – die Richter des Bundesverfassungsgerichts – nicht, mit dem Hinweis auf die Wahrung des „hohen Rechts der Versammlungsfreiheit“ trotz massenhafter Proteste die Neonazi-Zusammenrottungen zu legalisieren. ... Strafverfolgungen von Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellen, sind an der Tagesordnung. Dabei machen deutsche Gerichte nicht einmal halt vor ehemaligen KZ-Häftlingen. Hier wird der Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes bemüht, der „Störungen“ unter Strafe stellt. Wer also Nazis bei der Verbreitung faschistischer Propaganda „stört“, ist Gesetzesbrecher.

Aber nicht allein die Glatzköpfe in Springerstiefeln und die NPD sind das Problem. Das Problem sind die gesellschaftspolitischen Umstände und die Kräfte, die sie gewähren lassen. Der deutsche Faschismus kam aus der Mitte der Gesellschaft. Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus findet sich auch heute in der Mitte unserer Gesellschaft. Das ist der Nährboden, auf dem Neonazismus gedeihen kann. Dieser Sumpf muss ausgetrocknet werden! Wir stehen hier an der letzten Ruhestätte von 71 Opfern der Faschisten. Ihrer zu gedenken heißt in diesen Tagen, sich den neuen Nazis in den Weg zu stellen, auch wenn ihre Aufmärsche vom BVG genehmigt sind. Zivilcourage ist angesagt. „Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen“. Ehren wir die Opfer, indem wir uns den neuen Nazis in den Weg stellen.“ ■

„Besondere Atmosphäre“ mit viel Alkohol und Gewalt

Suche nach Räumen: Rechtsextremisten wollen Gastronomen in die Irre führen

von Thomas Klaus

Lautstark rufende Demonstranten vor dem Restaurant oder Saalbetrieb – gut für das gastronomische Geschäft ist das sicher nicht. Und so scheint es, jenseits von Politik oder moralischer Verantwortung, allein schon eine Frage des Geldbeutels zu sein, wenn Gastronomen verstärkt darauf achten, dass ihre Räume nicht von rechtsextremistischen Veranstaltern „missbraucht“ werden. In hohem Maße sensibilisiert wurden und werden die Wirtsleute von den Polizeibehörden. Mehrere Landeskriminalämter haben inzwischen an das Gastgewerbe appelliert, es solle beim Verhindern rechtsextremistischer Versammlungen behilflich sein.

In einem Aufruf des hessischen Landeskriminalamtes (LKA) wird beispielhaft beschrieben, wie Rechtsextremisten häufig vorgehen, wenn sie an begehrte Räume in Gaststätten, Restaurants oder Hotels gelangen wollen – für öffentliche oder auch geschlossene Veranstaltungen. „Gegenüber den Vermietern offenbaren sich die rechtsextremistischen Veranstalter in der Regel nicht als Rechtsextremisten“, weiß man beim LKA. Oft würden rechtsextremistische Veranstaltungen gegenüber Vermietern als private Runden wie zum Beispiel Geburtstags- oder Verlobungsfeiern deklariert, so das hessische Landeskriminalamt. Mitunter werde ein Strohmann vorgeschickt, der weder durch sein Verhalten noch durch sein Äußeres als Rechtsextremist erkennbar sei. „Fast immer“, berichtet das LKA, „werden die eigentlichen Veranstaltungsorte verschleiert und Ausweichorte vorbereitet. Denn bei Rechtsextremisten ist ein hohes Maß an Mobilität erkennbar.“

Den Gastronomen empfiehlt die Polizei, sie sollten misstrauisch sein und sich bei Zweifeln an bestimmten Veranstaltern lieber beim Verfassungsschutz erkundigen als sich womöglich lange andauernden Ärger aufzuhalsen.

■ Das „Hilton“ Bremen bekam noch rechtzeitig die Kurve

Dass geschäftsschädigende ultrarechte Zusammenkünfte tatsächlich nicht unbedingt immer leicht zu erkennen sind, musste man erst im März 2006 im hauseigenen Restaurant der Hamburger Handwerkskammer feststellen. In diesem Lokal, dem „Remter“ hatten sich seit 1975 Mitglieder der „Hilfsorganisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG) getroffen, mit Unterbrechungen. Bis zur Auflösung des Bundesverbandes 1992 war die HIAG Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes. Ein Kammer-Sprecher beschrieb den harmlosen Eindruck, den man anscheinend von diesen Gästen haben musste: „Sie sind als Gruppe von älteren Damen und Herren aufgetreten, tranken bei uns gemeinsam Kaffee und aßen Kuchen.“ Erst durch lautstarke Proteste vor dem Restaurant wurde die Geschäftsführung aufmerksam: Sie erteilte den HIAG-Mitgliedern ein sofortiges und absolutes Hausverbot.

Wenn Sicherheitsbehörden wie das hessische Landeskriminalamt Gastronomen und Hoteliers vor rechtsextremistischen Veranstaltungen warnen, dann haben sie (verständlicherweise) nicht in erster Linie den Imageschaden für die Unternehmer vor Augen. Sie sorgen sich eher angesichts der „besonderen Atmosphäre“ bei vielen rechtsextremistischen Veranstaltungen, die „nicht selten durch volksverhetzende Exzesse geprägt“ seien. Das LKA in Wiesbaden: „Durch erhöhten Genuss alkoholischer Getränke wächst deutlich die Gewaltbereitschaft, so dass im Umfeld der Veranstaltung mit Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie mit Widerstandshandlungen gegen polizeiliche Maßnahmen zu rechnen ist.“

Eine solche „besondere Atmosphäre“ mit reichlichem Alkoholkonsum und einer latenten Gewaltbereitschaft kennzeichnet die meisten Konzerte von Skinheads, wissen Experten. Skinheads erkennt man an Bomberjacken, hoch gekrempelten Jeans mit breiten Hosenträgern, Springerstiefeln und der typischen Kurzhaarfrisur bis hin zur Glatze. In Liedern der Skinhead-Bands wird zur Gewalt gegen Ausländer, Juden und Andersdenkende aufgerufen. Dargeboten wird die Musik in einem harten, peitschendem Rhythmus – nach dem Motto: „Drei Harmonien für einen Song reichen“. Nach Angaben der Bundesregierung kletterte die Zahl dieser Konzerte 2005 im Vergleich zum Vorjahr von 119 auf 137. Von einer Dunkelziffer muss ausgegangen werden. Die durchschnittliche Besucherzahl liegt bei 165 Personen; manche Konzerte werden von 500 oder mehr Teilnehmern besucht. Als die bevorzugten Aufmarschgebiete der rund 70 Skinhead-Bands und ihrer Fans in der Bundesrepublik gelten zurzeit Sachsen und Thüringen. (Allerdings: Nicht alle Skinhead-Konzerte wurden und werden in Gaststätten abgehalten.)

Im Februar 2005 ist dem „Hilton“-Hotel in Bremen ein solches ehrenrühriges und konfliktträchtiges Konzert nur um Haaresbreite erspart geblieben. Für eine „Privatveranstaltung mit Jazz-ähnlicher Musik“ hatte Axel M. den geschichtsträchtigen Himmelssaal des Hauses Atlantik angemietet – beim dafür zuständigen „Hilton“. Erst durch einen Tageszeitungsbericht erfuhr man in der Direktion von dem wahren Hintergrund: Die extrem rechte Band „Allerseelen“, deren CD von Fotos aus dem Haus Atlantik geschmückt wird, sollte auftreten. Das „Hilton“ erklärte daraufhin: „Da durch diese Veranstaltung die Sicherheit unserer Gäste und das Ansehen des Hotels gefährdet wäre, nehmen wir von dem Vertrag Abstand.“ Wohl eine weise Entscheidung: Immer wieder enden Skinhead-Konzerte in Lokalen blutig, so im September 2000 in Laave im niedersächsischen Kreis Lüneburg. Im Gasthaus „Zum Goldenen Stern“ hatten 500 Leute ein Skinhead-Konzert „genossen“. Mit 500 Beamten wollte die Polizei dem braunen Spuk ein Ende bereiten. Es kam zu Ausschreitungen: 46 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, 32 Skinheads festgenommen.

■ Früherer Rechtsterrorist als Gastronom in Thüringen

Um nicht auf Gastronomen angewiesen zu sein, die sich in die Irre führen lassen, nehmen Rechtsextremisten inzwischen immer häufiger das Heft selbst in die Hand: Sie sickern als Immobilienbesitzer oder Unternehmer in die Branche der professionellen Gastgeber ein. Das versuchte Karl-Heinz Hoffmann ebenfalls. Der einstige Führer der 500 Mann starken, 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ saß fünf Jahre im Gefängnis, vor allem wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffengesetz. Seine „Wehrsportgruppe“ war sowohl in den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 (13 Tote und mehrere hundert Verletzte) verstrickt als auch einige Monate später in den Mord an den jüdischen Verleger Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke. Besagter Hoffmann betrieb bis 2000 die Gaststätte „Gerberstube“ in seiner thüringischen Heimatstadt Kahla.

Ein anderer Fall rechtsextremistischer Ambitionen im Gastgewerbe beschäftigte im Februar 2006 den Landtag von Rheinland-Pfalz. Dort berichtete Innenminister Karl Peter Bruch aufgrund einer Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion, dass die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) offenbar in Kirchheim bei Grünstadt eine überwiegend leer stehende Gaststätte erwerben will. Im Januar 2006 war ein Pachtvertrag geschlossen worden: Er sieht im Wesentlichen die Nutzung des Lokals für Vorträge, Konzerte und Buchpräsentationen vor. Nach Er-

kenntnissen des Innenministers wurde das Anmieten der Gaststätte mit der Option verbunden, sie später für 900.000 Euro kaufen zu können.

Ähnliche Bestrebungen der NPD wurden in Rheinland-Pfalz bisher dadurch abgewehrt, dass Kommunen oder Kreditinstitute in kommunaler Hand von den Rechtsextremisten beäugte Immobilien kauften und ihnen quasi vor der Nase wegschnappten. Eine andere Abwehrstrategie überlegte man sich in Heiligenfelde, einem kleinen niedersächsischen Ort, der zu Syke zählt: Dort will die Stadt „Niebuhrs Gasthof“ abreißen lassen. Dieses Gebäude wird zwar nicht mehr für einen regulären Gastronomie-Betrieb verwendet, aber mit steigender Tendenz für NPD-Veranstaltungen in Beschlag genommen. Der Eigentümer der Immobilie ist ein Kaufmann aus Bremen. Er hat sie bis in den Sommer 2006 hinein an Enno L. aus dem Raum Wilhelmshaven verpachtet. Dieser – hauptberuflich Lastwagenfahrer – macht im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ massiv Werbung für den Festsaal. Die Propaganda in der NPD-Presse bescherte dem 1.400-Seelen-Dorf im vergangenen Juni sogar den NPD-Landesparteitag und den wohl größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Stadt Syke.

Ein leichtes Leben führen rechtsextremistische Gastronomen jedoch nicht. Sie müssen sich auf lang anhaltenden öffentlichen und politischen Druck gefasst machen. An den scheinen sich die Besitzer des „Clubs 88“ im schleswig-holsteinischen Neumünster längst gewöhnt zu haben. Der „Club 88“ („88“ bedeutet zweimal den achten Buchstaben des Alphabets, sprich: „Heil Hitler“) wirkt auf militante Rechtsextremisten faszinierend, und das weit über das nördlichste Bundesland hinaus. Deshalb ist er den Verfassungsschutzbehörden seit der Eröffnung vor zehn Jahren ein Dorn im Auge.

■ Lokal des Magdeburger NPD-Chefs ein Fall für Brandstifter

Über die Konzession für den „Club 88“ verfügt Christiane Dolscheid, die ehemalige Ortgruppenleiterin des „Skingirl-Freundeskreises Deutschland“. Bei Neonazi-Aufmärschen fotografiere sie gerne Demonstranten aus dem gegnerischen Lager oder sei bei der Sanitäterinnengruppe „Braunes Kreuz“ aktiv, heißt es in Veröffentlichungen aus Anti-Nazi-Kreisen. Als „Sprecher“ des Lokals fungierte auch der ehemalige schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert. Der wegen Körperverletzung vorbestrafte „überzeugte Nationalsozialist“ (Eigenaussage) wurde im Oktober 2003 bei einer Razzia gegen eine rechtsterroristische Bande verhaftet und im Folgejahr aufgrund illegalen Waffenhandels zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Administrative und juristische Versuche, das zwielichtige Lokal „Club 88“ loszuwerden, scheiterten bisher. Der Konzessionsentzug durch die Stadt Neumünster wurde im September 2000 vom Verwaltungsgericht Schleswig verworfen.

Im nicht allzu weit von Neumünster entfernten Heilshoop bedurfte es keiner rechtlichen Schritte, um das Ende des Gasthofes „Landhaus“ unter rechtsextremistischer Führung einzuläuten. Nachdem ein ehemaliger Angestellter der Lübecker Stadtverwaltung wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen entlassen worden war, versuchte er sich als Gastwirt. Zugleich betätigte sich Dieter K. im rechtsextremistischen Sinne kommunalpolitisch, als Gründer und Vorsitzender des „Bündnisses rechts“. Die Bevölkerung von Heilshoop und Umgebung stimmte über die Zukunft des „Landhauses“ mit den Füßen ab. Aus wirtschaftlichen Gründen gab K. im Frühjahr 2005 auf.

Matthias Gürtler hatte für seinen Abschied von der Gaststätte „Zum Reinheitsgebot“ in Magdeburg ein anderes Motiv. Das Lokal des NPD-Kreisvorsitzenden wurde nämlich im Oktober 2002 zum Ziel eines Brandanschlages. Dabei wurde der Betrieb völlig zerstört.

Den öffentlichen, administrativen und politischen Druck erlebten auch die „Macher“ des „Cafés Germania“ im Berliner Stadtteil Lichtenberg. Dieser Betrieb wurde im Dezember 1998 geschlossen. Geschäftsführer war Andreas Voigt aus dem Raum Stuttgart, ein unter anderem wegen Nötigung und Körperverletzung vorbestrafter Ex-Chef der gefürchteten Skinhead-Gruppierung „Kreuzritter für Deutschland“. Voigt hatte in dem „Café Germania“ den Auftakt für den „Aufbau einer bundesweiten Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeitobjekten“ gesehen. Von der Erfüllung dieses Traumes sind die deutschen Rechtsextremisten jedoch noch meilenweit entfernt. ■

Am 1. April demonstrierten an die 4.000 Menschen gegen Faschismus in Lübeck und verhinderten mit einer großen Blockade und einer spontanen Mobilisierung zum Dom, dass ein Nazi-Aufmarsch in die Innenstadt gelangen konnte.

Fragwürdige Verbindungen

HAMBURG/ERLANGEN. Der „Deutsche Rock- und Popmusikerverband“ (DRMV), dem über 5000 Akteure aus der Musikbranche angehören, ist dem deutschtümelnden „Verein Deutsche Sprache“ beigetreten. In der Begründung dieser Entscheidung wurde eine „amerikanisch geprägte Monotonie“ in allen wichtigen Rundfunk- und Fernsehkanälen beklagt. „Einheimische Künstler“ würden nach wie vor „kaum ernstgenommen und sogar diskriminiert“. Nun müsse man sich mit allen verbünden, „die die gleichen Ziele haben wie wir“ („Globus“ 1/2006). Im Kampf um „Pflege und Schutz der deutschen Sprache“ fühlen sich zahlreiche Mitglieder des Sprachvereins mit der Zeitung „Deutsche Sprachwelt“ um Chefredakteur Thomas Paulwitz (Erlangen) verbunden. Der greift auch gerne für die „Junge Freiheit“ zur Feder und wurde 2003 als Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) angekündigt. Die „Deutsche Sprachwelt“ regte kürzlich eine Aktion „Deutschpflicht für Politiker“ an und verschickte Briefe an alle Bundestagsabgeordneten, in denen diese aufgefordert wurden, sich zu verpflichten, sich u.a. für den Gebrauch und das Ansehen der deutschen Sprache einzusetzen. Unterstützung fand diese Aktion bislang, so die „Junge Freiheit“ (15/06), bei „Politikern aus fast allen Fraktionen des Bundestages von der Linkspartei bis zur CDU/CSU“. So u.a. bei Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen), Ilse Aigner (CSU), Annette Widmann-Mauz (CDU), Ulrich Maurer (Die Linke) und Patrick Meinhardt, dem bildungspolitischen Sprecher der FDP. „Nur aus der SPD-Fraktion“, so wurde bedauert, habe bislang noch kein Parlamentarier unterzeichnet.

hma ■

Gedenkveranstaltung in

Zur Gedenkveranstaltung zum 61. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald fanden sich am 9. April ca. 400 Menschen ein. In seiner Begrüßungsansprache dankte der Präsident des Lagerkomitees Bertrand Hertz noch einmal vielen Menschen, die im vergangenen Jahr den 60. Jahrestag feierlich begangen hatten, vor allem aber den „jungen Menschen aller Nationalitäten, die in Dora, in den Kommandos und in Buchenwald mit eigenen Händen geschaufelt und gegraben haben“, um Überreste des Lebens im Lager für die Erinnerung freizulegen. Zum diesjährigen 61. Jahrestag der Selbstbefreiung sprachen drei Vizepräsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos:

- Albert Dlabaja, Sohn eines österreichischen Widerstandskämpfers,
- Romani Rose, Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma sowie
- Günther Pappenheim, Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Erster Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees.

Auszüge aus der Ansprache von Romani Rose:

... „Holocaust“ – dies steht auch für die vom NS-Staat systematisch ins Werk gesetzte Ermordung einer halben Million Sinti und Roma. Es gibt in Deutschland, aber auch in den ehemals besetzten oder mit Hitler-Deutschland verbündeten Ländern unter uns Sinti und Roma kaum eine Familie, die in den Jahren 1933 bis 1945 keine Opfer zu beklagen hätte. Namen wie Buchenwald, Auschwitz, Kulmhof, Dachau oder Sachsenhausen haben sich unauslöschlich in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebrannt.

Dass ein großer Teil unserer Opfer Kinder und Jugendliche waren, ist der wohl eindringlichste Beleg für die Totalität des nationalsozialistischen Vernichtungswillens gegenüber unserer Minderheit. Noch Ende September 1944 wurden im KZ Buchenwald 200 jugendliche Sinti und Roma auf einen Transport nach Auschwitz geschickt und zwei Wochen später in den Gaskammern ermordet. Wer kann die Qualen ermessen, die diese Menschen damals erleiden mussten.

Der industriell betriebene Massenmord in Auschwitz und in den anderen Vernichtungslagern der Nationalsozialisten steht für ein Verbrechen, das in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen schärft zugleich das Bewusstsein für die Gefährdungen unserer heutigen demokratischen Gesellschaft.

Die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, die die politische Diskussion derzeit beherrschen, dürfen nicht den Blick für die Gefahren des Rechtsextremismus verstellen. Bis heute reißt die Kette rechtsradikaler und rassistisch motivierter Gewalttaten, die sich gerade auch gegen Angehörige unserer Minderheit richtet, nicht ab.

Unser besonderes Augenmerk muss der schleichenden, jenseits der öffentlichen Wahrnehmung erfolgenden Aushöhlung unserer demokratischen Kultur durch Rechtsradikale, Neonazis und deren intellektuelle Vordenker gelten. Dies zeigt das Beispiel Sachsen. Ermutigt durch ihren erschreckenden Wahlerfolg, hat es sich die NPD zum Ziel gesetzt, den Staatsapparat auf allen Ebenen zu unterwandern und schrittweise öffentliche Positionen zu besetzten.

Mit der nahezu unkontrollierten Ausbreitung rassistischen Gedankenguts über das Internet ist zudem eine völlig neue Form der Bedrohung gerade der jungen Generation entstanden. Vor allem im Osten Deutschlands ist die Jugendkultur in weiten Teilen von der neonazistischen Ideologie geprägt. ...

Was aber ist zu tun? Einfache Antworten auf das Problem der rechten Gewalt und des ihr zugrunde liegenden rassistischen Menschenbilds, das tief in die Mitte unserer Gesellschaft reicht, kann es nicht geben.

Zunächst ist es notwendig, die bestehenden Gesetze mit voller Härte gegen rechte Gewalttäter anzuwenden. Darüber hinaus fordert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bereits seit über 10 Jahren öffentlich ein Gesetz gegen Gewalttaten mit einem eindeutig rassistischen Hintergrund. Um Angriffe auf Menschen anderer Hautfarbe und Minderheitenzugehörigkeit wirksam zu verhindern, muss im Strafgesetzbuch der besondere Tatbestand der „rassistisch motivierten Gewalttätigkeit durch Einzelne und Gruppen“ berücksichtigt werden.

Vor allem ist es wichtig, die lokalen Netzwerke, die sich gegen den dumpfen Rassismus von Rechts engagieren, auch staatlicherseits zu unterstützen. Ich sage dies ganz bewusst vor dem Hintergrund der aktuellen Sparzwänge, die nicht dazu führen dürfen, dass dieser fundamentalen gesellschaftspolitischen Aufgabe die materielle Grundlage entzogen wird.

Zum Abschluss richte ich einen Appell an die Bundesregierung. ... Der Respekt und die Achtung vor den Opfern unserer Minderheit verlangen es, dass die Bundesregierung jetzt endlich auch das Holocaust-Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma auf dem vorgesehenen Platz beim Reichstag errichtet. Nach den jahrelangen Verzögerungen durch die vorhergehende Bundesregierung erwarten wir jetzt vom neuen Kulturstaatsminister Neumann den baldigen Baubeginn unseres Denkmals.

Der frühere Bundespräsident Herzog stellte im Jahre 1997 klar, dass der Völkermord an den Sinti und Roma mit dem gleichen Willen zur vollständigen Vernichtung systematisch vom Kleinkind bis zum Greis im besetzten Europa durchgeführt wurde wie der an den Juden. Es gibt ein eindeutiges Votum der KZ-Überlebenden, dass das Herzog-Zitat Inschrift des Holocaust-Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma sein soll; dies muss die neue Bundesregierung anerkennen. Die Aussage von Roman Herzog darf nicht relativiert oder in Frage gestellt werden.

Aus der Rede von Albert Dlabaja

Als Nachkomme eines Buchenwaldhäftlings, der mit dem Traumata des Lagers und der seelischen Zerstörung, die damit einherging, eigentlich nie fertig geworden ist und mir doch eine humanistische, weltoffene und hasslose Erziehung angedeihen ließ, danke ich ihm und all seinen Kameraden und Kampfgefährten, die sich nach seinem Tod im Jahre 1970 rührend um mich und um meine antifaschistische, antirassistische Erziehung und Weiterbildung gekümmert haben. Ich habe in dieser Zeit erfahren, was es bedeutet, in einer Lagergemeinschaft eingebunden zu sein. So wie diese Kameraden im Lager gehandelt haben, so haben sie auch im weiteren Leben gehandelt. Egal welche Probleme oder Hindernisse auftauchten, immer war ein Kamerad zur Stelle, um mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. ... Diese Kameraden haben wahrscheinlich gedacht, sie würden ewig leben und haben sich lange Zeit keine Gedanken über die Zukunft der Lagergemeinschaft gemacht und was aus ihr einmal werden soll, wenn sie einmal nicht mehr sind.

Bei den sozialdemokratischen Freiheitskämpfern, in der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände und beim österreichischen KZ-Verband sind die Statuten dahingehend geändert worden, dass junge Antifaschisten beitreten und auch aktiv mitarbeiten können. Das ist der Garant für ein nachhaltiges Eintreten gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

... Ich möchte mich in meiner Ansprache insbesondere an die Jugend wenden, die diese Gedenkstätte besucht. Die Jugend, die von rechter Seite oft als erste Generation der „Umerzogenen“ geschmäht wird, die Jugend, die von konservativer Seite oft wegen der „Gnade der späten Geburt“ von jeder Verantwortung für die Vergangenheit freigesprochen wird, diese Jugend und ihre Erzie-

Buchenwald

hergeneration sind es, die als „Nachgeborene“ heute Erinnerungsarbeit leisten werden und sollen. Diese beiden Nachkriegsgenerationen geben sich mit den Beschönigungen, Verdrängungen und Verdrehungen der Geschichte nicht mehr zufrieden. In diesem Sinne erinnert Europas Jugend mit dieser Gedenkstätte an die verdrängte Geschichte jener Frauen und Männer, die gegen Hitlers Vernichtungsfeldzug aufgetreten sind, die die Nazi-Ideologie des Rassenwahns bekämpft haben, die den Widerstand und die Partisanen unterstützt haben, die unter großen persönlichen Gefahren Nazi-Opfern und Verfolgten geholfen haben.

... Viele waren es nicht, die sich damals für politisch Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, Behinderte und andere verfolgte Gruppen eingesetzt haben. Keinesfalls war es die Mehrheit der europäischen Bevölkerung, die sich deutlich gegen die Nazis gestellt hat. Ich bin mir nicht sicher, ob es heute so ganz anders wäre. Dennoch gibt es Anzeichen für die Hoffnung, dass Rassenhaß, Nationalismus und Rechtsextremismus heute nicht mehr so leicht und so breit in die Köpfe und Herzen der Menschen einzudringen vermögen wie anno dazumal. Auch dazu leisten die europäischen jungen Menschen mit dieser Gedenkstätte einen wichtigen Beitrag, nämlich einen Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung über eine in Vergessenheit geratene Tradition; ich meine damit die unpopuläre Tradition des Widerstandes und des kompromisslosen Einsatzes für Recht und Gerechtigkeit....

Die überlebenden ehemaligen KZ-Häftlinge vom Buchenwald, die zuvor schon in zum Teil verschiedenen KZ´s erfahren mussten, wozu SS und Nazi-Schergen fähig sind, erzählten uns auch von jenen Erlebnissen, die zu den „Ersteindrücken“ aller KZ-Häftlinge gehören: Einer der ersten Schritte zur Erniedrigung und Entmenschlichung der Häftlinge war die Vergabe von Nummern, die an der Häftlingskleidung angebracht werden mussten und die im Unterarm eintätowiert wurden. Nummern statt Namen – der erste Schritt zur Auslöschung der Identität. Diese Nummern mussten in den ersten Tagen „in Fleisch und Blut“ übergehen; die Häftlinge mussten sie auswendig lernen und, egal welcher Nation sie angehörten, in deutscher Sprache auf Anhieb sagen können – oder es gab Prügel, Folter, Totschlag. Die ehemaligen Häftlinge erzählen auch, dass sie gegenüber den SS-Herrenmenschen niemals den Kopf heben und ihnen in die Augen schauen durften.

... Wenn wir heute wieder Namen statt Nummern oder Nummern statt anonyme Gedenkformeln in Erinnerung rufen, dann ist dies ein erster wichtiger Schritt, vielleicht sogar die Voraussetzung zur Wiederherstellung von menschlicher Würde und Identität. Die Nazi-Opfer hatten ja tatsächlich Namen, hatten ehrbare Namen und ein würdevolles Leben, bis ihnen beides geraubt wurde. Ein Sozialwissenschafter hat einmal geschrieben, mit dem Raub der Sprache und des Namens fingen alle „legalen Morde“ an. Unter diesem Raub können wir verstehen, jemandem seine Muttersprache zu verbieten, kritische Menschen mundtot zu machen oder ihre Bücher zu verbrennen oder ihnen eben „Nummern statt Namen“ aufzuzwingen und einzubrennen

Die Entmenschlichung hat ihre Systematik und es ist wichtig, daran zu erinnern und zu erkennen, dass es Anzeichen und Vorzeichen dafür gibt, wann ein System zum Verbrechens- und Mordbetrieb wird. Wir können heute, 61 Jahre danach, nichts „wiedergutmachen“, nicht nur, weil die Verbrechen so groß und „unfassbar“ waren, sondern weil uns Nachgeborene keine persönliche Schuld daran trifft. Aber gerade deshalb ergibt sich daraus eine Verpflichtung, nämlich die Schweigetabus der Gesellschaft zu brechen und verdrängte Geschichte wieder in Erinnerung zu rufen; und diese Geschichte ist, auf beiden Seiten, bei den Tätern wie bei den Opfern, nicht anonym zu schreiben.

Diese Geschichte ist nicht mystisch und nicht voll von unerklärlichen, unbenennbaren menschlichen Tragödien. Die Nazi-Zeit bestand nicht aus „Tragödien“, sondern aus konkreten Verbrechen. Nur auf dem Wege dieser ehrlichen „Nüchternheit“ können Recht und Gerechtigkeit wieder Maßstäbe der wertenden Geschichtsbetrachtung werden, nur wenn wir „Namen statt Nummern“ setzen und erinnern, nur wenn wir an unbegriffene Tragödien mahnen, nur dann können wir Menschen bewegen, sensibel machen, und nur dann können wir auf Widerstand gegen Unrechtssysteme bauen bzw. hoffen.

Aus der Rede von Günther Pappenheim

Heute 61 Jahre nach Auschwitz, Buchenwald, Börgermoor, Ravensbrück, Sachsenhausen u.a.m. hat man sich wieder an so manches gewöhnt.

Es gibt keinen Tag und das nicht nur in Deutschland – aber ich spreche von unserem Land – wo nicht neue Pläne beraten werden, wo rechter Mob auf Straßen demonstriert! Es werden Transporte organisiert, um gleichzeitig an mehreren Orten präsent zu sein. Ganz offen werden faschistische Symbole und Fahnen getragen, werden Transparente getragen mit Losungen, die oft auf fruchtbaren Boden fallen. Aber auch antifaschistische Gegendemonstrationen, Bündnisse gegen Rechts werden in ihren Aktionen eingeschränkt. Da frage ich mich oft, wo bleibt die Masse der Ehrlichen und Anständigen, diejenigen, die zur Zivilcourage aufgerufen haben. Sie sind nicht immer präsent. Es gibt sie die Mutigen, es sind nur noch zu wenige.

Wer mit dem Bündnis gegen Rechts Erfolge erzielen will, muss das Trennende beiseite legen.

Wir alle müssen die Lehren aus der Vergangenheit beherzigen und davon ausgehen, dass nur das gemeinsame Handeln der Schlüssel zum Erfolg ist

... Ich bin weiterhin in großer Sorge, dass wiederum Feindschaft weiter in der Welt geschürt wird, dass bei der Eindämmung des Terrorismus der Krieg als Mittel der Lösung leichtfertig geplant und vorbereitet wird. Es ist meine feste Überzeugung, dass nichts, aber auch gar nichts einen Präventivschlag gegen ein Land rechtfertigt. Zu leiden haben dabei stets die Bevölkerung, vor allem Frauen und Kinder und Greise. Seit dem letzten Golfkrieg sind nach Schätzung über 100 000 Iraker ums Leben gekommen und es kommen täglich neue Opfer hinzu. Der Krieg hat kein Ende.

Wir alle wissen und haben es selbst erfahren, dass man Terrorismus nicht mit einem Krieg bekämpfen kann. Da sind andere Mittel gefragt. Wir bleiben bei unserem Schwur von Buchenwald: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Aber auch Folter an Gefangenen lehnen wir ab. Wir wissen, was Folter ist, haben sie am eigenen Leib erlebt. Es ist eine Schande, wehrlose Gefangene der Folter auszusetzen, deshalb treten wir für ein absolutes Verbot der Folter ein, als eine Grundforderung universeller Menschenrechte. Wir wissen aber auch was es bedeutet „Nacht und Nebel“-Aktionen zu führen, Menschen zu entführen, sie einfach verschwinden zu lassen.

... Liebe jungen Freunde. Wir sind froh darüber, dass ihr Euch den Idealen des Antifaschismus verpflichtet fühlt. Euch ist es nicht egal, wie die Entwicklung in unserem Lande verläuft. Mit eurem Engagement gegen Rechts, eurer Demonstration und dem Auftreten hier auf dem Appellplatz und anschließend am Glockenturm vor dem Ehrenmal aufrechter, gefallener und ermordeter Antifaschisten, bekundet ihr den Willen, unseren Kampf zu unterstützen und fortzusetzen.

Wir ehemaligen Häftlinge waren, sind und werden immer mit Euch gemeinsam die Stafette unseres Schwures von Buchenwald weitertragen und dafür sorgen, dass er immer wieder neu mit Leben erfüllt wird. Unser Schwur hat an Aktualität nicht verloren und er darf nicht in Vergessenheit geraten. Durch eure Teilnahme bekundet ihr, dass der Antifaschismus neue Impulse durch Euch erhält. Das ist, so glauben wir, die richtige Entscheidung in unserer belebten Zeit.

■

Frankreich:

Jahresbericht zu Rassismus und Antisemitismus 2005

Ein vermeintliches Paradoxon durchzieht die Schlussfolgerungen, die durch die „Nationale Beratungskommission für Menschenrechte" (CNCDH) aus ihrem diesjährigen Rassismusbericht gezogen werden. Die CNCDH ist ein unabhängiges Gremium, das dem Amt des Premierministers zuarbeitet und alljährlich am 21. März einen detailierten Untersuchungsbericht über Rassismus und Antisemitismus in Frankreich vorlegt.

Der jüngst veröffentlichte Jahresbericht mit dem Rückblick auf 2005 enthält zwei Grundsaussagen, die auf den ersten Blick widersprüchlich wirken. Einerseits ist im Jahr 2005, gegenüber 2004, die Anzahl körperlicher und verbaler Aggressionen mit rassistischem, antisemitischem oder rechtsextremem Hintergrund abgesunken. Statt 1.574 Gewaltdelikten und -drohungen im Jahr 2004 wurden im Jahr darauf noch 974 verzeichnet, das entspricht einem Rückgang um 38 Prozent. 43 Prozent der verzeichneten Taten haben, so die CNCDH, einen organisierten rechtsextremen Hintergrund. Noch stärker ist der Rückgang bei den Straftaten gegen Juden und jüdische Einrichtungen, die rund die Hälfte der Gesamtzahl ausmachen: Angesichts von 504 verzeichneten Delikten und Drohungen, gegenüber 974 im Vorjahr, kann ein Rückgang um 48 Prozent vermeldet werden.

Doch gleichzeitig verzeichnet der Jahresbericht auch einen sichtbaren Anstieg der Zustimmungsrate vor allem zu rassistischen und zuwandererfeindlichen Äußerungen, Ideen und Haltungen. Ein Drittel der Befragten geben selbst an, sich für „rassistisch" zu halten – darunter 24 Prozent, die laut Selbsteinschätzung „ein wenig rassistisch" sind, und 9 Prozent, die sich für ungeschminkt rassistisch ausgeben. Ihre Gesamtzahl verzeichnet einen Zuwachs um 8 Prozent innerhalb eines Jahres. Im Gegenzug nimmt der Anteil derer, die sich für strikt un- oder antirassistisch erklären (40 Prozent), im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent ab.

Der Widerspruch zwischen den beiden großen Tendenzen ist nur scheinbar. Denn die hohe Anzahl von Straftaten mit rassistischem oder antisemitischem Hintergrund resultiert vor allem aus einer zeitlich eingrenzbaren Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Denkmäler, die Ende April 2004 in der Nähe von Strasbourg begann und sich danach vor allem auf Ostfrankreich erstreckte. Diese Kette von Taten, die auf Judenhass basierten, ging nach einige Monaten zu Ende – ein Teil der Täter konnte ermittelt werden, darunter der mutmaßliche Urheber der ersten Friedhofsschändung in Herrlisheim bei Strasbourg, der im Übrigen Mitglied des Front National ist.

Daraus erwächst in der Statistik der Eindruck, dass im folgenden Jahr generell in Frankreich die Anzahl rassistisch oder antisemitisch motivierter Taten abgenommen habe. In Wirklichkeit blieb sie auf ungefähr konstantem Niveau.

Unbestreitbar ist der gleichzeitig zu verzeichnende Anstieg der Zustimmungswerte zu rassistischen oder fremdenfeindlichen Aussagen, wie etwa der, es gebe zu viele „Ausländer" in Frankreich (56 Prozent, plus 18 % binnen eines Jahres). Nur noch 32 Prozent erklären sich spontan bereit, „ein rassistisches Verhalten bei der Polizei anzuzeigen", dies entspricht einem Rückgang um 18 Prozent.

Demonstration 2004 nach einem Brandanschlag auf ein jüdisches Sozialzentrum in Paris

Auch hier hängt die – gravierende – Verschiebung der statistischen Daten allerdings mit einer Abfolge konkreter Ereignisse im zurückliegenden Jahr zusammen. Die Meinungsumfragen, die zur Erhebung statistischer Daten durchgeführt wurden, fanden im November 2005 statt, und damit zeitlich parallel zu den Unruhen in der französischen Trabantenstädte. Diese Riots in den Banlieues wurden aber durch relevante Teile der Bevölkerung, wie auch des konservativen Teils der politischen Klasse, „ethnisch-religiösen" Ursachen – statt sozialen Verwerfungen – zugeschrieben. Dieser Blick durch die „ethnisierende" Brille, zum Zeitpunkt der Unruhen, erklärt mit Sicherheit einen Teil der größeren Verschiebungen im erfassten Meinungsspektrum. Darauf weist auch die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' in einem Leitartikel explizit hin.

Ob aus diesen Daten eine dauerhafte Entwicklung der Meinungslandschaft abgeleitet werden kann, oder aber ob sich ein Teil der öffentlichen Meinung danach wieder entspannt (hat), bleibt erst noch abzuwarten. Sicher ist hingegen, dass die organisierte extreme Rechte diese Unruhen und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung als Steilvorlage benutzt hat, um neue Sympathisanten und auch Mitglieder zu rekrutieren. ‚Le Parisien' vom 8. April zitiert etwa einen früheren KP-Wähler, der in einem Arbeiterbezirk im nordostfranzösischen Hénin-Beaumont rechtsextreme Flugblätter auf dem Wochenmarkt verteilt. Er ist, sofern denn seine Angaben stimmen, vor diesem Hintergrund im Januar dem FN beigetreten.

Nicht durch einen organisierten rechten Hintergrund, wohl aber durch das allgemeine rassistische Klima erklärbar ist der Tod des 42-jährigen, aus Algerien stammenden Familienvaters Chaïb Zehaf. Er wurde am 4. März in einem Bierlokal in der Lyoner Vorstadt Oullins von einem angetrunkenen Waffennarren namens Jean-Marie G. erschossen. Augenzeugen berichteten mehrfach, zum Zeitpunkt der tödlichen Schüsse rassistische Beschimpfungen gegen „Araber" aus dem Munde des Schützen gehört zu haben. Artikel und Korrespondentenberichte in der linksliberalen Pariser Tageszeitung ‚Libération' aber auch in der rechtsbürgerlichen Boulevardzeitung ‚France Soir' (ab dem 11. März) sprachen schon früh von einem mutmaßlichen rassistischen Hintergrund, der bislang verschleiert werde. Die örtliche Polizei streitet ein mögliches rassistisches Tatmotiv ab. Und laut einem Bericht in ‚Libération' wurde einer der Begleiter des Ermordeten – der selbst durch eine Schusswunde am Arm verletzt worden war – durch die Beamten nicht als nützlicher Augenzeuge oder potenzielles Opfer behandelt, sondern wie ein Täter verhört. Obwohl am Arm verwundet, wurde er demnach kurz nach der Tat eine Stunde lang in Handschellen angehört.

Antirassismusorganisationen wie SOS Racisme und MRAP ermitteln zu der Affäre, und sprechen von einem aufgeheizten Klima vor Ort. Die Empörung über das „Totschweigen" des möglichen rassistischen Tathintergrunds mache sich auch dergestalt Luft, dass manche Anwohner migrantischer Herkunft erklärten, „man müsse schon Jude oder ein Geflügeltier sein, wenn man getötet wird, dass sich irgend jemand dafür interessiert" – eine Anspielung auf die Demonstrationen nach der Ermordung des jungen Juden Ilan Halimi, sowie auf die Aufregung um die Vogelgrippe.

Die allzu verständliche Empörung droht auf diese Weise noch zur Entfremdung von Bevölkerungsgruppen untereinander beizutragen.

Bernhard Schmid, Paris ■

„Politische Taktlosigkeit und menschenverachtende Profilierungssucht" – ver.di kritisiert Migrationsprogramm

MÜNCHEN. ver.di Bayern steht dem von der bayerischen Staatsregierung forcierten Programm gegen sogenannte „Integrationsverweigerer" äußerst kritisch gegenüber. „Wir fordern auf zum mitmenschlichen Handeln, statt Stammtischparolen umzusetzen", sagte Luise Klemens, stellvertretende Landesbezirksvorsitzende von ver.di Bayern. In nur wenigen Ländern hängen soziale Herkunft und Bildungserfolg so stark zusammen wie in Deutschland. Der bayerische Ministerpräsident steigert diesen Herkunftsdruck mit seinen Bemühungen, „ausländische Schüler besser zu integrieren", ins Absurde. Es ist nicht zielführend, Kinder von Migrantenfamilien den Zugang zur Schule zu verweigern, wenn die Deutschkenntnisse nicht ausreichen. Stattdessen wäre die stärkere Förderung solcher Kinder die richtige Antwort. ver.di spricht sich klar gegen Gewalt aus und weist darauf hin, dass Gewalt an Schulen kein Problem ist, das primär mit der Staatsangehörigkeit zusammenhängt. Vielmehr sind soziale Unterschiede und verweigerter Respekt – auch gegenüber der Situation von Jugendlichen – Auslöser für Gewalt.

ver.di fordert deshalb eine Umgestaltung der geplanten Maßnahmen:

1. *Deutschtest für ausländische Kinder:* Wenn dieser Test eingeführt wird, sollte dies für alle Kinder der Fall sein, um frühzeitig auf Sprachdefizite reagieren zu können.

2. *Sprachunterricht im letzten Kindergartenjahr:* Kinder müssen gefördert werden, um bei der Einschulung über einen annähernd gleichen Grundwortschatz zu verfügen. Deshalb können ihre Sprachkenntnisse mit bis zu 160 Stunden unterstützt werden.

3. *Betreuung durch Förderschulen bei mangelnden Sprachkenntnissen:* Förderschulen haben den Auftrag, besonderen Handikaps durch spezielle Förderung zu begegnen; sie sind nicht geeignet, um Sprachdefizite auszugleichen. Stattdessen ist im Rahmen der ersten Klasse eine spezielle Sprachförderung einzuführen.

4. *Bestrafung von „Integrationsverweigerern":* Eine Extraregelung für ausländische Mitbürger lehnt ver.di ab. Stattdessen sind – wenn überhaupt – Regeln der allgemeinen Schulpflicht zu bemühen.

5. *Vorzeitiger Schulausschluss von notorischen Störern:* Mit dieser Regelung gibt der Ministerpräsident einen Teil der jungen Generation auf und schafft Problemfälle in der Zukunft. Er löst damit das Problem auf Kosten der nächsten Generation, statt den jungen Menschen einen Weg in unsere Gesellschaft zu weisen.

Migranten gehören zu den schwächsten der Gesellschaft, ebenso wie Kinder; also gehören Kinder von Migranten in doppelter Hinsicht zu den Schwächsten dieser Gesellschaft. „Die außergewöhnlich schnelle Reaktion auf die Ereignisse an einer Schule in einem anderen Bundesland (nur 4 Tage) lässt zumindest die Frage aufkommen, ob nicht der bayerische Ministerpräsident auf eine solche Gelegenheit gewartet hat, um sein angeschlagenes Image wieder aufzufrischen. Dass er dies auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft – nämlich den Kindern von Migranten – tut, zeugt von politischer Taktlosigkeit und menschenverachtender Profilierungssucht", sagte Luise Klemens.

www.verdi-bayern.de ■

Flüchtlinge protestieren gegen Lagerunterbringung

BRAMSCHE. Nördlich von Osnabrück liegt der Ort Bramsche-Hesepe. Umgeben von einem Wald, befindet sich dort auf einem alten Kasernengelände die so genannte Landesaufnahmestelle für ca. 550 Flüchtlinge. Offiziell gehört die Landesaufnahmestelle zur Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde in Blankenburg/Oldenburg, wo ebenfalls mehrere hundert Flüchtlinge ‚leben'. Doch der Name trügt, er soll schlicht verschleiern, dass in Bramsche-Hesepe das größte Abschiebelager Deutschlands steht. Denn in Bramsche-Hesepe sind vor allem zwei Gruppen von Flüchtlingen untergebracht: Einerseits Flüchtlinge, deren Asylanträge bereits abgelehnt wurden und deren Abschiebung lediglich deshalb ausgesetzt ist, weil keine Pass(ersatz)papiere vorliegen. Andererseits werden nach Bramsche-Hesepe Flüchtlinge eingewiesen, deren Asylverfahren noch laufen, bei denen aber aufgrund einer so genannten Prognoseaussage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass sie ebenfalls keine Anerkennung als AsylbewerberInnen finden (so wie ja in Deutschland ohnehin nur 1,7% aller Asylverfahren positiv ausgehen). Erklärtes Ziel in Bramsche-Hesepe ist es deshalb, die BewohnerInnen zur so genannten freiwilligen Rückkehr zu bewegen. Die Landesregierung in Hannover räumt das im übrigen unumwunden ein, sie betrachtet Bramsche-Hesepe sogar als Experimentierfeld: „Die Erfahrungen und Kompetenzen in Bramsche sollen auch dafür genutzt werden, die Verstärkung der Rückführungsansätze – insbesondere die Beratung zur Freiwilligen Rückkehr – auch in den übrigen Gemeinschaftsunterkünften der Zentralen Aufnahme- und Ausländereinrichtungen zu intensivieren."

In einem „Offenen Brief" haben die Flüchtlinge die unerträgliche Lebenssituation, die sich aus der grundsätzlichen Einschränkung und Bevormundung sowie der Isolation durch das Lagerleben ergibt, beschrieben. So sei die Versorgung mit Essen mangelhaft, besondere Ernährungsbedürfnisse von Säuglingen und Kleinkindern würden nicht berücksichtigt. Das geringe Taschengeld müsse für zusätzliche Lebensmittel ausgegeben werden, um Mangel- oder Unterernährung zu verhindern.

Weiterhin beklagen die BewohnerInnen des Lagers die medizinische Versorgung. Auch die unzureichende Beschulung der Kinder und Jugendlichen im Lager ist Anlass für Unmut. Wer wegen mangelnder Sprachkenntnisse nicht die Regelschule besuchen darf, wird mit lediglich zwei Unterrichtsstunden am Tag abgespeist. Dies sei bei weitem keine angemessene Schulbildung. Zudem benähmen sich die LehrerInnen z.T. als seien sie von der Ausländerpolizei, indem sie die SchülerInnen nach Informationen ausfragten, die für die Ausländerbehörde von Interesse seien.

Als besondere Belastung empfinden die BewohnerInnen außerdem die beengte Wohnsituation, die den über Monate bis z.T. Jahre dort lebenden Menschen keinerlei Privatsphäre ermögliche. Zudem seien die sanitären Anlagen mangelhaft und würden den hygienischen Bedürfnissen nicht gerecht.

Die BewohnerInnen kommen zu dem Schluss, dass nur die Auflösung des Lagers und eine dezentrale Unterbringung die unerträgliche Situation beenden könne. Der niedersächsische Flüchtlingsrat schließt sich diesen Forderungen an

Ca. 150 DemonstrantInnen überbrachten den „Offenen Brief" der Flüchtlinge aus Bramsche Hesepe am 2. März 2006 dem Niedersächsischen Landtag und dem Innenministerium. Schon im Vorfeld der Demonstration kündigte der Lagerleiter Christian Lüttgau an, dass die Teilnahme von Flüchtlingen aus Hesepe Konsequenzen haben würde. Außerdem unterstellte er, die Flüchtlinge hätten den Brief nicht geschrieben und die 183 Unterschriften der Flüchtlinge wären erschlichen worden. Dieses für sich ist schon eine üble Verleumdung und zeigt, welcher Mut dazu gehört, einen Brief zu verfassen, der klare und begründete Forderungen enthält und der von Flüchtlingen verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichen Fluchtschicksalen in so hoher Zahl unterschrieben wurde. Konsequenzen ihres Mutes bekamen die Flüchtlinge gleich am Morgen der Abfahrt zur Demonstration in Hannover zu spüren. Ausgerechnet für diesen Morgen war eine Drogenrazzia im Lager anberaumt. Das hohe Polizeiaufgebot mit Hunden diente einzig dem Zweck,

die AktivistInnen einzuschüchtern und an der Teilnahme des Protestes in Hannover zu hindern. Dennoch fuhren ca. 30 BewohnerInnen des Lagers nach Hannover.

Ab 13 Uhr trafen sich AktivistInnen des No-Lager-Netzwerkes mit den BewohnerInnen aus Hesepe und weiteren UnterstützerInnen am Kröpcke und nach einer Auftaktkundgebung zog die Demonstration mit ca. 150 TeilnehmerInnen Richtung Landtag. Hier musste sie außerhalb der Bannmeile warten, während die fünfköpfige Delegation der Flüchtlinge einer Einladung von Landtagsabgeordneten der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP in das Landtagsgebäude folgte. Die Zeit wurde für eine Kundgebung von Flüchtlingen aus der ZAAB Oldenburg genutzt, die ihrerseits die katastrophalen Bedingungen in diesem Lager schilderten.

Nachdem sich die Delegation der Demonstration wieder angeschlossen hatte, ging es weiter zum Innenministerium, welches durch eine Polizeikette abgesichert war. Unter Beifall durfte lediglich eine Person zum Briefkasten gehen, um den Brief einzuwerfen, der neben den 183 Unterschriften aus dem Lager mit über 500 Unterschriften von UnterstützerInnen unterzeichnet war.

Nach einer Abschlusskundgebung löste sich die Demonstration auf und ein Teil der AktivistInnen machte sich zum wartenden Bus aus Hesepe auf. Erwartet wurden sie von einem Zug der Bereitschaftspolizei Hannover, die hier gelauert hatte, um die Personalien der TeilnehmerInnen aufzunehmen, damit im Nachhinein wegen Verstoß gegen das „Residenzpflichtgesetz“ ermittelt werden kann. Ein Gespräch mit dem Zugführer blieb zunächst ohne Ergebnis, bis dann der Einsatzleiter sich zu dem Bus bemühte. Es folgten zähe Verhandlungen, die zu dem positiven Ergebnis führten, dass die Personalienkontrolle abgeblasen wurde. Die Polizei wollte sich nun doch nicht zum Handlanger der Lagerbehörden machen, die das Ahnden des „Residenzpflichtverstoßes“ einzig als Repression gegen die AktivistInnen aus Hesepe einsetzen wollten und dieses ja schon im Vorfeld angekündigt hatten.

Im Rückblick auf diesen Tag ist es durchaus als Erfolg zu werten, dass trotz aller widriger Umstände der Brief der Flüchtlinge mit einer einigermaßen großen öffentlichen Aufmerksamkeit nach Hannover gebracht werden konnte. Einzig unglaubwürdig machten sich die Behörden. Es ist eine unglaubliche Arroganz, wenn der zuständige Ministerialbeamte im Niedersächsischen Innenministerium schon im Vorfeld es ablehnt, eine Delegation der Flüchtlinge zu empfangen und den Brief persönlich entgegenzunehmen. Der Protest bleibt deswegen nicht ungehört. Noch deutlicher in seiner Menschenverachtung positionierte sich Lagerleiter Lüttgau, der die VerfasserInnen des Briefes verleumdete und den ÜberbringerInnen des Briefes als einzige Antwort die Androhung von Strafen gab. Wir gehen davon aus, dass es trotz verhinderter Personalienfeststellung bei der Abfahrt des Busses zu Anzeigen wegen Residenzpflichtverstoßes kommen wird. Schlimm genug, dass es einzig in Deutschland ein solches Gesetzt gibt, dass für Ungleichheit der Rechte sorgt und das Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt. Schlimmer noch, dass dieses Gesetz hier gezielt dafür eingesetzt wird, Menschen zu kriminalisieren, die nichts anderes tun, als von ihrem Recht Gebrauch zu machen, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Gehör für das Einfordern von elementaren Rechten.

Allein mit Arroganz werden die Behörden die Proteste zur Lagerunterbringung nicht zum Schweigen bringen und die zentrale Forderung bleibt: Schließung aller Lager, Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle!

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat 6.3.06 ■

„Es gilt das Recht Guineas“

DORTMUND. In Massenbefragungen lässt die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) der Stadt Dortmund die mögliche Identität abgelehnter Asylbewerber klären. Dazu würden innerhalb von wenigen Tagen rund 350 Personen aus Westdeutschland einer Delegation aus dem westafrikanischem Land Guinea vorgeführt, sagte der Leiter der Zentralbehörde, Friedhelm Weller.

Aufgrund der Aussprache und der Gesichtsform würde dann die Delegation herausfinden, wer aus Guinea komme und wer nicht. Personen, die aus Guinea stammten, würden in das Land abgeschoben. Die ZAB Dortmund ist auf den Abtransport von Asylsuchenden aus dem afrikanischen Land spezialisiert. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Berlin weist die Menschenrechtslage in Guinea „gravierende Defizite“ auf. Es gebe Folter und willkürliche Verhaftungen, außerdem würden in dem westafrikanischen Land Todesurteile vollstreckt.

Die Räume, in denen die Afrikaner befragt werden, befinden sich in der Dortmunder ZAB. Es würde sich dabei um „quasi exterritoriales Gebiet“ handeln, sagte ZAB-Chef Weller. Bei der Befragung gelte das Recht Guineas. Eine Sprecherin des Innenministers von Nordrhein-Westfalen (NRW), Ingo Wolff (FDP), sagte, bei den Verhören seien deutsche Beamte nicht unbedingt zugegen. Aber auch ohne Überwachung sei durch Absprachen sichergestellt, dass „die Bedingungen unseres Rechtsstaates“ bei den Verhören eingehalten würden. Die Delegation aus Guinea besteht nach Auskunft des NRW-Innenministeriums aus vier Personen, die offensichtlich alle dem Sicherheitsministerium des afrikanischen Staates zugeordnet sind.

Kundgebung vor der ZAB Dortmund am 20.3.

Zumindest einer der Verhörspezialisten ist der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bekannt. N’Faly Keite gelte als „äußerst korrupter und gefährlicher Zeitgenosse“, heißt es in einem schriftlichen Bericht der IGFM, der sich auf Informationen aus der deutschen Botschaft in Guinea bezieht.

Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf fordern nun Aufklärung über die Widersprüche in Aussagen von Innenminister Wolff. „Wir wollen wissen, ob hier die Standards unseres Rechtsstaates eingehalten werden“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Partei, Monika Düker.

Quelle: Welt vom 7. April 2006 www.welt.de/data/2006/04/07/870794.html

Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge jetzt!

OLDENBURG. Mehr als 200.000 Menschen müssen in Deutschland bis heute mit dem unsicheren Status einer Duldung leben, davon etwa 150.000, die bereits seit mehr als acht Jahren hier leben. Ein Großteil von ihnen sind Kriegsflüchtlinge, denen der Schutz des Asylrechts verweigert wurde. Allein 100.000 Geduldete sind Flüchtlinge und Vertriebene aus Serbien/Montenegro und dem Kosovo. In Niedersachsen leben 22.000 Menschen mit dem prekären Status einer Duldung. Eine besonders diskriminierte Gruppe unter ihnen sind die mehr als 5000 Roma aus dem Kosovo.

Die Gründe dafür, dass viele Menschen trotz verweigerten Asylrechts nicht abgeschoben werden, sind vielfältig. An erster Stelle stehen drohende Folter oder Todesstrafe im Herkunftsland (was zum Teil nicht als Asylgrund anerkannt wird). Im Kosovo hält die UNO-Verwaltung aufgrund der weiter bestehenden Gefahr für Leib und Leben eine Wiederansiedlung der Roma und anderer nichtalbanischer Minderheiten bis auf weiteres für ausgeschlossen. Auch sechs Jahre nach Kriegsende müssen Roma im Kosovo noch immer in Lagern leben. Zudem stellte die Weltgesundheitsbehörde fest, dass in drei Lagern Menschen, vor allem Kinder, an Bleivergiftungen erkrankt sind, weil diese

Lager auf verseuchtem Gelände errichtet wurden. Auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland ist die gesellschaftliche Eingliederung der Geduldeten hier bisher politisch unerwünscht und wird bewusst verhindert. ...

Viele der Flüchtlinge verbinden mit den im letzen Jahr begonnenen Verhandlungen der deutschen Innenministerkonferenz über ein dauerhaftes Bleiberecht für Geduldete die Hoffnung auf eine sichere Lebensperspektive. Durch die Vertagung dieses Punktes auf der letzten Innenministerkonferenz im Dezember 2005 in Karlsruhe wurde diese Hoffnung enttäuscht. Die problematische Praxis der Kettenduldungen wird von deutschen Behörden auf unabsehbare Zeit fortgeführt. Dies ist gesellschaftspolitisch unverantwortlich und den Betroffenen gegenüber unverzeihlich.

Die Geduldeten, schon lange Mitglieder unserer Gesellschaft, müssen endlich aus ihrem weitgehend rechtlosen Status befreit werden und die Chance zu einem menschenwürdigen und gleichberechtigten Leben in Deutschland erhalten.

Ein breites Bündnis von Flüchtlingsräten, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften fordert eine unbürokratische und großzügige Bleiberechtsregelung. Wir bitten auch den Rat der Stadt Oldenburg ein solches Zeichen zu setzen und sich gegenüber der niedersächsischen Landesregierung für ein dauerhaftes Bleiberecht der Geduldeten einzusetzen. ... Kein anderes Bundesland legt das Zuwanderungsgesetz so rigide aus wie Niedersachsen. Seit dem Amtsantritt von Innenminister Schünemann kommt es wieder zu überfallartigen Abschiebungen im Morgengrauen. Darüber hinaus lehnte die Landesregierung die Einrichtung einer Härtefallkommission ab. Schon bei der Innenministerkonferenz im Juni 2005 verhinderte Schünemann zusammen mit seinem bayrischen Amtskollegen eine generelle Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge. Die mehr als 200.000 geduldeten Flüchtlinge müssen seitdem weiter in ständiger Angst vor Abschiebung und der Zerstörung ihrer in jahrelangen Anstrengungen aufgebauten Existenz in Deutschland leben.

Vor der nächsten Innenministerkonferenz Anfang Mai in Garmisch-Patenkirchen, auf der die Debatte über eine Bleiberechtsregelung fortgesetzt werden wird, sollte der Rat der Stadt Oldenburg ein deutliches Signal setzen, sich den zahlreichen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und Gewerkschaften anschließen und sich für ein bedingungsloses und dauerhaftes Bleiberecht für die in Deutschland lebenden geduldeten Flüchtlinge aussprechen. Dies sollte mit einem deutlichen und eindringlichen Appell an die niedersächsische Landesregierung verbunden sein, auf der nächsten Innenministerkonferenz für ein solches Bleiberecht zu stimmen und sich mit allen Kräften für einen Mehrheitsbeschluss einzusetzen.

Roma-Bündnis Nordwest
Quelle: Nds. Flüchtlingsrat, April 2006 ■

16.865 Abschiebungen auf dem Luftweg – bei 1983 wurde Gewalt angewendet

BERLIN. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 16.865 Mal Ausländer auf dem Luftweg abgeschoben. Dabei sind 1983 Hilfsmittel der körperlichen Gewalt eingesetzt worden, etwa Fesselungsmittel. Dies erklärt die Bundesregierung in der Antwort (16/1055) auf eine Kleine Anfrage der Bundesgrünen (16.924). Statistische Übersichten über die Anwendung (einfacher) körperlicher Gewalt würden von der Bundespolizei nicht geführt, heißt es weiter. Entsprechend gebe es auch keine Angaben der Länderpolizei. In 3.666 Fällen habe die Bundespolizei oder die Länderpolizei von Abschiebung betroffene Ausländer begleitet. Bei 216 Abschiebungen nach Algerien hätten Sicherheitskräfte des jeweiligen Zielstaates die Personen begleitet, bei 993 Abschiebungen nach Serbien-Montenegro sei dies ebenso der Fall gewesen. In weiteren 1.284 Fällen sei die Begleitung von Sicherheitskräften verschiedener Luftverkehrsgesellschaften vorgenommen worden.

Zu Abschiebungen mit Charterflügen und zur Frage, wie viele Personen im Zuge von „Sammelabschiebungen der EU“ entweder direkt in ihr Herkunftsland oder über Flughäfen anderer Mitgliedsstaaten in das jeweilige Herkunftsland abgeschoben wurden, gibt es laut Regierung „keine belastbaren statistischen Angaben“.

Die Zahl der wegen aktiver oder passiver Widerstandshandlungen gescheiterten Rückführungen im Jahr 2005 wird mit 298 angegeben. Weitere 94 Rückführungen seien aus medizinischen Gründen gescheitert.

Büro JRS, stefan.kessler@jrs.net, 30.03.06
Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Wohlfahrtsverbände fordern andere Flüchtlingspolitik

HANNOVER. Mit einem „Flüchtlingspolitischen Aufruf“ wollen die niedersächsischen Wohlfahrtsverbände auf eine „humanitäre Bleiberechtsregelung“ für geduldete Flüchtlinge und eine sachgerechte Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes hinwirken. In ihrem am Donnerstag bekannt gemachten Appell fordern die Verbände das Land Niedersachsen außerdem auf, traumatisierte und kranke Menschen nicht mehr abzuschieben und Familientrennungen bei Abschiebungen zu verhindern. An der von der Landesregierung beschlossenen Härtefallkommission müssten auch Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen beteiligt werden.

Mit dem vor einem Jahr in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz hätten viele für Flüchtlinge engagierte Organisationen auf eine Verbesserung der Situation für geduldete Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus gehofft, heißt es in dem Aufruf. Diese Hoffnungen hätten sich jedoch nicht erfüllt. Die strengen Auslegungsvorschriften des niedersächsischen Innenministeriums haben nach Ansicht der Wohlfahrtsverbände zur Folge, dass nur ein Bruchteil der Betroffenen tatsächlich eine Aufenthaltserlaubnis erhalte. Gleichzeitig werde die Abschiebepraxis in Niedersachsen „immer härter“. Betroffen davon seien oft auch Familien, die seit zehn oder mehr Jahren in Niedersachsen lebten und deren Kinder in dem Bundesland geboren seien. „Das Herkunftsland ist ihnen fremd, oftmals kennen sie es nur von Erzählungen oder Fotos, sie sprechen seine Sprache nicht.“

Viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien gingen nicht mehr in die Schule, weil sie befürchteten, dort von der Polizei abgeholt und abgeschoben zu werden, beklagen die Verbände. Erstunterzeichner des Aufrufes sind die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der DGB in Niedersachsen und der Niedersächsische Flüchtlingsrat.

epd Niedersachsen-Bremen/ b0931/6.4.06
Quelle: arbeitskreis asyl goettingen ■

Mahnwache – Handeln statt Wegschauen! Gewalt und Diskriminierung darf nicht geduldet werden!

THÜRINGEN. Die ver.di-MigrantInnen wenden sich mit einem offenen Brief an die BürgermeisterInnen-Kandidaten in Thüringen und führen am 6. Mai in Erfurt eine Mahnwache und Kundgebung gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten durch. In einem offenen Brief werden die Bürgermeisterkandidaten gebeten „ ... mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie umsetzen werden, um Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Nichtdeutsche und andere Minderheiten eindeutig einzuschränken, wenn Sie gewählt werden.“

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, keinen Bürgermeister zu wählen, der nicht alle Möglichkeiten nutzen wird, um die Rechtsentwicklung zu stoppen und die Gewalt und Diskriminierung der Ausländer zu verhindern. Rassismus sei in dieser Gesellschaft tief verankert.

Angelo Lucifero ■

Keine deutschen oder EU-Truppen in den Kongo – Zivile Lösungen sind gefragt

Die Weichen für einen Bundeswehr- und EU-Truppeneinsatz im Kongo sind gestellt – Die Friedensbewegung hält dagegen: Eine Stellungnahme im Wortlaut

Kassel-Hamburg, 21. März 2006 – Angesichts des sich abzeichnenden Einsatzes einer EU-Kampftruppe unter deutscher Beteiligung in der DR Kongo erklären die Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag Dr. Peter Strutynski (Kassel) und Lühr Henken (Hamburg):

Die Bundesregierung plant derzeit erstmalig in einem eigenständigen militärischen Kampfeinsatz der Europäischen Union (ohne NATO-Beteiligung) die Führung zu übernehmen. Ab Mitte Juni soll ein im Wesentlichen aus deutschen und französischen Infanterietruppen bestehender Verband in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa einen reibungslosen Ablauf der ersten Präsidenten- und Parlamentswahl des Landes nach 45 Jahren gewährleisten. Die Anforderung basiert auf einer Anfrage des für die UN-Blauhelme zuständigen französischen UN-Untergeneralsekretärs Guéhenno von Ende Dezember: Die EU-Truppe solle vor allem „Störer abschrecken". Nach grundsätzlicher Zustimmung insbesondere von Frankreich, Deutschland und Großbritannien setzte zunächst ein heilloses Durcheinander um die Modalitäten des Einsatzes ein. Die bisher bekannten Parameter des EU-Militäreinsatzes lassen mittlerweile allerdings folgende Schlussfolgerungen zu:

- das vorgegebene Einsatzziel, nach dem ersten Wahlgang die staatlichen Institutionen, insbesondere die Wahlkommission vor dem Druck der Wahlverlierer zu schützen, lässt sich mit einer 250 Mann starken französischen Infanterietruppe nicht gewährleisten. Sie kann ein Aufeinandertreffen der Privatarmeen der vormaligen Bürgerkriegsgegner und jetzigen Präsidenten J. Kabila (10.000-15.000 Mann Eliteeinheiten) und eines der Vizepräsidenten J.-P. Bemba (5.000 bis 6.000 Mann) nicht verhindern. Andere kongolesische bewaffnete Kräfte sind im Einsatzgebiet Kinshasa nicht zu erwarten. Falls es tatsächlich zu umfassenden bewaffneten Auseinandersetzungen nach dem ersten Wahlgang kommen sollte, müssten schwer bewaffnete EU-Bodentruppen in größerer Zahl nachgeführt werden und Luftangriffe erfolgen. Da eine Vorplanung dieser Szenarien derzeit nicht in Sicht ist, bleibt dann nur der Abzug. Wir ziehen daraus den Schluss, dass es sich um einen symbolischen Einsatz handelt.
- Ein zweites Einsatzziel ist, wie es offiziell heißt, die Evakuierung von etwa 200 europäischen Wahlbeobachtern, wofür insbesondere ein deutsches Fallschirmjägerbataillon zuständig sein soll, das in Gabun stationiert ist. Wir wissen, dass solche Maßnahmen effektiver auch von den in den meisten Landesteilen bereits präsenten 20 Infanteriebataillonen der UN-Truppe Monuc übernommen werden können, die mit ihren Helikoptern ohnehin für die Logistik der Wahlen zuständig sind.

Wir stellen fest: Auch dieses militärische Vorhaben mit deutscher Beteiligung ist überflüssig.

Weitere Einsatzoptionen sind offiziell nicht geplant. Somit erweist sich der Einsatz der EU-Kampftruppe insgesamt als überflüssig.

Ostermarsch Frankfurt, Foto: indymedia

Bundesverteidigungsminister Jung hat vor wenigen Tagen eine weitere „Begründung" für den Kongoeinsatz nachgeschoben: Es ginge darum, künftige Flüchtlingsströme aus dem zentralafrikanischen Land nach Europa und Deutschland zu verhindern. Wer so argumentiert, bedient nicht nur fremdenfeindliche Ressentiments und rassistische Vorurteile, die nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft vorhanden sind. Er lügt auch – ob wissentlich oder unwissentlich, können wir nicht beurteilen. Er lügt, weil die Migration aus dem Kongo nach Europa, insbesondere nach Deutschland selbst in den bittersten Jahren des kongolesischen Bürgerkrieges gegen Null tendierte.

Wir fordern deshalb die Abgeordneten des Bundestages auf, dem Antrag der Bundesregierung auf Beteiligung an diesem EU-Kampfeinsatz nicht zuzustimmen. Über die Kosten redet wohlweislich niemand. Dabei hätten die EU und Deutschland viele Gründe, den Sozialstaat zu verteidigen – nicht am Hindukusch und im Kongo, sondern hier bei uns. Die Frage drängt sich auf, weshalb trotz knapper Staatsfinanzen Zig-Millionen Euro dafür verschleudert werden sollen.

Wir beantworten die Frage in zwei Richtungen:

1. Die EU sucht ein möglichst anspruchsvolles Einsatzgebiet zur Erprobung ihrer im Aufbau befindlichen Battle-Groups (13 solcher Elitekampfeinheiten hat die EU beschlossen). Die deutschen Fallschirmjäger aus Lebach gehören dazu. Die bisherigen Stabstrockenübungen sollen sich nun im „multinationalen" Praxistest bewähren. Damit kommt die EU ihrem erklärten Ziel, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu einem globalen Akteur zu werden, einen weiteren Schritt näher. Die Bevölkerungen der EU-Staaten sollen auf diese Weise an die Militarisierung der EU gewöhnt werden.

2. Dies geschieht nicht zum Selbstzweck. Es geht auch um die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen. So ist in der DR Kongo die französische Consultingfirma Sofreco im Juli letzten Jahres als Übergangsverwalterin der kongolesischen staatlichen Minengesellschaft Gécamines eingesetzt worden, um diese weiter zu privatisieren. Die DR Kongo ist reich an Diamanten, Kupfer, Kobalt und Gold, aber auch an seltenen Metallen wie Germanium und Coltan (Niob und Tantal). Zudem könnte Uran gefördert werden. Bis auf den Diamantenabbau darbt der Rohstoffexport. International tätige Minengesellschaften vor allem aus Südafrika, den USA und Kanada haben bereits Milliarden investiert oder beabsichtigen es, um endlich die kostbaren Rohstoffe preiswert ausbeuten zu können. Die Firma Siemens, größter deutscher Investor in der DR Kongo, bemüht sich um einen Milliardenauftrag zum Ausbau von Wasserkraftwerken am Kongo. Da will man das Feld nicht nur den anderen überlassen.

Jahrzehnte des Bürgerkriegs und der äußeren militärischen Einmischung haben das Land in das Chaos und die Bevölkerung in immer größeres Elend gestürzt (man spricht von bis zu drei Millionen Todesopfern und Millionen von Menschen auf der Flucht). Damit sollte doch hinreichend deutlich geworden sein, dass mit Militär die Probleme des Landes nicht zu lösen sind. Es ist an der Zeit, einen grundsätzlich anderen Weg einzuschlagen und endlich zivile Konzepte der Konfliktbearbeitung anzuwenden.

Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung davor, sich im Kongo militärisch zu engagieren und fordert stattdessen:

- mehr Anstrengungen und Mittel für eine effektivere Entwicklungshilfe,
- eine Initiative zur nachhaltigen Entschuldung des Landes,
- schärfere Kontrolle der Waffenausfuhren (insbes. was die Kleinwaffen betrifft).

Bundesausschuss Friedensratschlag:
Lühr Henken, Hamburg
Peter Strutynski, Kassel ■

Drohender Krieg gegen Iran Hauptthema bei den Ostermärschen 2006

Im Zentrum der mehr als 80 Ostermärsche stand in diesem Jahr die Warnung vor einem möglichen Krieg gegen Iran und die Forderung nach konstruktiver Konfliktlösung des Atomstreites. Die jüngsten Veröffentlichungen über geheime Operationen zum Regimesturz im Iran und die US-Militärplanungen unter Einschluss taktischer Atomwaffen entsprechen den schlimmsten Befürchtungen der Friedensbewegung. Vielfach wurden bei den Osteraktionen Unterschriften an den Bundestag gesammelt, entschieden für eine friedliche Lösung der Krise einzutreten, jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen Iran auszuschließen und eine diplomatische Offensive für eine Sicherheitskonferenz für den Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel einer Atomwaffenfreien Zone zu starten. Ein ausführliches Dossier zum Iran-Konflikt mit Vorschlägen zur Zivilen Konfliktbearbeitung hat die „Kooperation für den Frieden“ vorgelegt (siehe www.koop-frieden.de/irandossier.pdf).

Den Auftakt in der Karwoche machte am Donnerstag eine Mahnwache und Kundgebung zum Iran-Thema in Erfurt. Am Karfreitag folgten Veranstaltungen in Biberach, Bruchköbel, Chemnitz und Dortmund sowie der zweitägige Leipziger Oster-“marsch“ als Fahrrad-Rundtour. Die meisten der mehr als 70 Ostermarsch-Aktionen fanden am Ostersamstag von Aschaffenburg bis Zwickau statt. So startete in Duisburg der dreitägige Ostermarsch durchs Ruhrgebiet, im Hunsrück wendeten sich die örtlichen Bürgerinitiativen gegen die Remilitarisierung des Flughafens Hahn, die Friedensinitiative Westpfalz demonstrierte an der US-Airbase Ramstein gegen die dort vermuteten Atomwaffen. Der Ostermarsch Baden-Württemberg forderte in Ulm „Abrüstung statt Sozialabbau“. In Münster wehrten sich die Friedensgruppen gemeinsam mit dem „Bündnis gegen Rechts“ gegen eine Kundgebung von Neonazis.

Kritisiert wurden von den Friedensinitiativen neben dem EU-Verhalten in der Irankrise auch die Situation Israel/Palästina, die Militarisierung der EU mit der Einrichtung der „battle-groups“, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen der USA im „Anti-Terror- Krieg“ und die BND-Beteiligung am Irak-Krieg. Gegen eine von den Ministern Schäuble und Jung gewünschte Grundgesetzänderung für eine weitere Lockerung der Definition des Verteidigungsfalls und die Ermöglichung von Bundeswehreinsätzen im Inland wurde Widerstand angekündigt.

Am Ostersonntag beging die Bürgerinitiative FREIe HEIDe ihre 100. Protestwanderung gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide. Zu diesem Ostermarsch kamen 12000 TeilnehmerInnen aus Brandenburg und Berlin, es war die insgesamt größte Veanstaltung.

Größere Abschlusskundgebungen fanden am Montag noch in Berlin, Hamburg, Dortmund, Frankfurt und Nürnberg statt. Aufgegriffen wurde die Ostermarschtradition in diesem Jahr auch mit Kundgebungen in Bern, Brüssel und Den Haag.

Weitere Informationen unter www.friedenskooperative.de ■

Auflösung und Verbot aller Nazi-organisationen!

Schluss mit Nazi-aufmärschen in NRW!

Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Sonntag, 7. Mai
in Duisburg
11 Uhr bis 17.30 Uhr
Internationales Zentrum
Flachsmarkt 15
Nähe Rathaus

Ablauf der Konferenz:

11.00 Uhr bis 13.00 Uhr Plenumsdiskussion:

NPD und „Freie Kameradschaften“ Ei oder Huhn? Wer ist der Schwanz und wer wedelt mit dem Hund?
Einführung Ulla Jelpke, MdB Die Linke

Zum Verhältnis zweier Fraktionen des Neofaschismus.
Erfahrungsberichte aus mehreren Städten in NRW anschließend Diskussion

14.00 - 16.30 Uhr Arbeitsgruppen:

1. **Eine neue Kampagne zum Verbot der NPD**
   Moderation: Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN- BdA
2. **„Gib Pfötchen!“ Ist die „Junge Freiheit“ so harmlos wie sie tut?**
   Moderation: Helmut Kellershohn, Mitarbeiter des DISS
3. **Abschiebungen, Austrocknung der Flüchtlingsarbeit, Kampagnen gegen Muslime – eine Bilanz der neuen CDU-FDP Regierung in Düsseldorf**
   Moderation: NRW Flüchtlingsrat (angefragt)
4. **Musik als Werbeträger neofaschistischer Ideologie**
   Moderation: Kai Venohr, DGB Bielefeld (angefragt)

16.30 - 17.30 Uhr Abschlussplenum

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Hetze gegen Moscheebau

DORMAGEN/KR.NEUSS. Mitglieder der NPD und der sogenannten „Freien Nationalisten“ haben am 1. April eine Mahnwache vor dem alten Rathaus in Dormagen durchgeführt. Die Mahnwache richtete sich gegen einen Bau einer Moschee im Norden der Stadt. Der Aktion hätten sich angeblich auch „einige Dormagener Bürger“ angeschlossen, die bereits eine „Unterschriftenliste der Anwohner gegen den geplanten Moscheebau unterschrieben“ hatten, heißt es in einem Eintrag auf der Webseite der sog. „Autonomen Nationalisten“ aus Neuss. Die Polizeiführung vor Ort habe sich nicht „gerade sehr kooperativ“ verhalten und verboten, die schwarz-weiß-rote oder schwarze Fahne zu zeigen.

Ein Transparent mit dem Text „Wir sind Deutschland“ sei beschlagnahmt worden, heißt es in einem Eintrag von „NPD Krefeld“ auf den Webseiten der Klever NPD. Die Nachfrage nach Informationsmaterial sei so groß gewesen, dass in einem Kopierladen noch 2000 Flugblätter nachkopiert werden mussten.

NPD-Aktivitäten hatte es in der Vergangenheit in Dormagen nur selten gegeben. Im Jahr 2000 wurde ein Dormagener, der Techniker Reinhard Vielmal, zum Kreisvorsitzenden der Neusser NPD gewählt. *hma* ■

„Zeitgespräche“ in München

MÜNCHEN/INNING. Die „Kriegsschuldfrage“ neu stellen will eine – geschlossene – Vortragsveranstaltung am 6. Mai in München, die vom einschlägig rechten „Druffel & Vowinckel-Verlag“ aus Inning am Ammersee organisiert wird. Angekündigt werden unter der Überschrift „Kriegsursachen 1939/1941“ Vorträge von Brigadegeneral a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude), im vergangenen Jahr Interviewpartner der „Deutschen Nationalzeitung“, Dr. Stefan Scheil (Neuhofen), Träger des „Gerhard-Löwenthal-Preis“ der „Jungen Freiheit“, für die er auch schreibt, und Dr. Walter Post (München), Interviewpartner der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und im vergangenen Jahr als Referent beim alljährlichen „Deutsche-Stimme“-Kongress angekündigt. Die Diskussionen sollen von Dr. Olaf Rose (Bochum) geleitet werden, der ebenfalls auf „Deutsche Stimme“-Kongressen referiert hatte. In der Vergangenheit hatte Rose auch auf Veranstaltungen der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG), dem „Bismarck-Bund“ und dem „Akademiekreis“ gesprochen. *hma* ■

Atlantis in Warstein

WARSTEIN/KÖLN. Mit einer Anzeige in der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chef Frey wirbt ein „Atlantis-Versand“ aus Warstein (Kreis Soest) für Musik-CDs des „nationalen“ Liedermachers Rene Heizer („Deutschland, heiliges Wort“, „Balladen für Deutschland“ usw.). Angeboten wird auf der Webseite des Versands zudem szenetypische Bekleidung sowie Bücher aus dem „Arun-Verlag“ des ehemaligen „Wiking-Jugend“-Aktivisten Stefan Ulbrich (Engerda). Auch Unterstützung bei der Herstellung von Tonträgern wird angeboten. Liedermacher „Heizer“ heißt mit richtigem Namen Ingo Halberstadt und lebte in der Vergangenheit in Köln. Er gehörte der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ an und gab in den 90er Jahren die Zeitschrift „Musik & Kultur“ heraus, die der „Midgard“-Versand um Halberstadts Frau Theresa vertrieb. Theresa H. ist auch Inhaberin der Webseite des „Atlantis-Versand“. Seit den 90er Jahren trat Liedermacher „Heizer“ zunehmend auf „Sonnenwendfeiern“ und anderen Veranstaltungen der DVU auf. *hma* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

„Lynx“ in Gauting

GAUTING. Der Gautinger Kunsthistoriker und Sachverständige für italienische Malerei, Dr. phil. Christian Hornig, gründete 2001 den „Lynx-Verlag“. Der verlegte kürzlich das Buch „Michel Friedman, Haim Saban und die deutsche Medienlandschaft“ von Tobias Brendle. „Eine sachliche Kritik an gewissen Leuten“ von einem „gemäßigten, deutschen patriotischen Standpunkt“ aus, äußerte dazu Verleger Hornig jüngst in einem Interview mit der „Deutschen Nationalzeitung“ von DVU-Chef Gerhard Frey. Im Jahr 2001 hatte Hornig, ein ehemaliges CSU-Mitglied, auf einer Veranstaltung der sogenannten „Republikaner“ in München über das Buch „Die Holocaust-Industrie“ von Norman G. Finkelstein referiert (s.a. „AN“ 20/2001). Eine Rezension des Buches schrieb er im gleichen Jahr für die extrem rechte Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland“ der „Verlagsgesellschaft Berg“ von Gert Sudholt. Das Buch sei ein „Denkanstoß, der die Einzigartigkeit und die moralische Höherwertigkeit des Judentums mit etlichen Fragezeichen versieht“, so Hornig dort. Außerdem würden dort die „deutschen Verbrechen mit denen anderer Nationen“ verglichen und das diene „zweifellos einer historisch gerechten Bewertung der Deutschen, deren Taten im Kontext mit ähnlichen im 20. Jahrhundert durchaus nicht als „einzigartig“ erscheinen müssen“. Im Interview mit dem Frey’schen Hausblatt bezeichnet sich Hornig u.a. als „deutscher Patriot“ und „Gegner der EU und des ganzen Multikulti-Rummels“. *hma* ■

EU warnt vor Nazi-Ideologie

Der Europarat hat vor einem bedrohlichen Anstieg der Nazi-Ideologie gewarnt. „Der EU-Befund deckt sich mit Tendenzen in Deutschland,“ so Petra Pau, stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Innenausschuss: „Bundesweit gibt es im Schnitt stündlich eine rechtsextremistische Straftat und täglich 2 1/2 rechtsextremistische Gewalttaten. Das sind die offiziellen Zahlen. Sie stapeln tief. Hinzu kommen verbreitete rassistische und antisemitische Ressentiments inmitten der Gesellschaft. Sie sind jederzeit aktivierbar und das wird leichtfertig auch immer wieder versucht. Trotzdem gibt es darüber keinerlei ernsthafte gesellschaftliche Debatte, auch nicht im Bundestag. Im Gegenteil: Fördermittel für Projekte dagegen sollen sogar gestrichen werden. Es ist höchste Zeit für einen gesellschaftlichen Dialog gegen den alltäglichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

www.petra-pau.de ■

Durch Osterurlaube entfallen diesmal leider die Rubriken „ostritt“ und „aus der faschistischen Presse“